

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 2.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,  
 eingetragen in der Post-Belegungs-  
 Liste für 1901 unter Nr. 7071.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnen  
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „Blitz-Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (aus dem ersten Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adressen:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 23. März 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Eine Wendung.

Paris, 21. März.

Die fortwährenden Streiks in Montceau-les-Mines und in  
 Marseille scheinen an einem ersten Wendepunkt angelangt zu sein,  
 der auch auf die allgemeine politische Lage rückwirken dürfte.

Zwei mit einander verknüpfte Umstände haben die Situation  
 verändert. Einerseits der Verlauf der Streikbewegung, und ander-  
 seits die ordnungspolizeiliche Nervosität der Regierung.

Sundstich in Montceau-les-Mines. Die so schwer zu  
 stande gekommenen Unterhandlungen zwischen der Gewerkschaft  
 und der Grubenverwaltung sind abgebrochen und zwar  
 durch die Schuld der letzteren. Die Ausständigen erklärten  
 sich bereit, die ungenügenden Lohnangebots annehmen zu  
 lassen, aber unter der ja selbstverständlichen Bedingung der Wieder-  
 aufstellung sämtlicher Arbeiter. Man erinnere sich, daß für  
 die eigentlichen Kohlenarbeiter, 4800 Mann, der Streik von Anfang  
 an lediglich ein Solidaritätskampf war zu Gunsten der im  
 Lohn benachteiligten Arbeiter über Tage bezw. der Hilfsarbeiter,  
 und man wird begreifen, daß die Streikenden in diesem Falle  
 weniger denn je in die ihnen von der Grubenverwaltung zugewiesene  
 Entlassung von 450 „überflüssigen“ Arbeitern einwilligen konnten. Die  
 Grubenverwaltung beruft sich darauf, daß eine gewisse Anzahl Arbeiter  
 überhaupt überflüssig wären, und daß ferner der zweimonatliche Streik  
 aus technisch-kommerziellen Gründen eine volle Wiederaufnahme des  
 Betriebs unmöglich mache. Was steht! Die feilheits, politische  
 Zwecke verfolgende Verwaltung hatte allerdings unentbehrliche Neben-  
 betriebe eingerichtet, um dadurch die Zahl der Arbeiter, d. h. der  
 Werkzeuge ihrer radikal-reaktionären Politik, zu vermehren. Auch  
 die technisch-kommerziellen Gründe mögen ihre Wichtigkeit haben.  
 Sollten aber deswegen die Arbeiter gerade nach einem zweimonat-  
 lichen Kampfe für die reaktionären Mächte der alten Ver-  
 waltung büßen? Zudem giebt es einen Ausweg, der jedenfalls die  
 brutale Entlassung von 450 Proletariern vermeiden läßt, ohne daß  
 irgend welche Gründe dagegen ins Feld geführt werden könnten.  
 Erstens giebt es eine Anzahl alter Kohlenarbeiter, die das Pensions-  
 alter erreicht haben — und also ordnungsmäßig entlassen werden könnten.  
 Zweitens ließe sich, wie die Delegation der socialistischen Kammerfraktion  
 beim Ministerpräsidenten in Vorschlag gebracht hat, für die nächste  
 Zeit ein Schichtwechsel unter den Arbeitern einführen, damit die  
 verfügbare Arbeit unter allen verteilt wird, bis der Betrieb wieder  
 in vollen Gang gesetzt ist. Zu diesem Auskunftsmitel greifen  
 übrigens die Grubenverwaltungen regelmäßig bei ungünstiger  
 Geschäftslage.

Die unersöhnliche Haltung der Compagnie entbehrt also jeder  
 Berechtigung. Es hat vielmehr den Anschein, daß die neue Ver-  
 waltung nach dem Beispiel der alten eine Machtprobe ausüben  
 will. Dazu paßt vortrefflich das prozige Benehmen des Direktors  
 Costa, der selbst die persönliche Entgegnung der Antwort der  
 Gewerkschaft verweigert hat. Die Antwort mußte ihm mit  
 der Post zugestellt werden! . . .

Seitdem, das ist seit dem 16. März, verharret Costa im Schweigen.  
 Die brutale Abbrechung der Unterhandlungen hat die Arbeiter er-  
 bittert. Um so mehr, als die „Gelben“, die Streikbrecher, eifriger  
 denn je eine Wiederaufnahme der Arbeit herbeizuführen suchen. Es  
 kam nun zu einigen vereinzelten Konflikten zwischen „Gelben“ und  
 „Roten“, die übrigens von der Streikorganisation, vom socialistischen  
 Vorgermeister und der Masse der Arbeiter mißbilligt werden. Das  
 hat aber genügt, um die Regierung zur Aenderung ihres bisherigen  
 Verhaltens zu bewegen. Das Gezeir der bourgeois Presse  
 über den „Terrorismus“ der Kohlenarbeiter hat die Re-  
 gierung nervös gemacht. Her mit der militärischen Ein-  
 schüchterung! Die Truppen, die bis dahin von jedem Kontakt  
 mit den Arbeitern ferngehalten wurden, füllten auf einmal  
 die Straßen und Wege um Montceau und Umgebung. Die militärische  
 „Promenade“ und die berittenen Patrouillen sollten eben — wie  
 die bourgeoisen Berichterstatter zutreffend schreiben — den Streikenden  
 zeigen, daß die Straße nicht ihnen allein gehört, daß die  
 Truppenmacht imposant genug ist, um für die „Freiheit der Arbeit“  
 zu sorgen. Ja, im „Temps“ wird schon die Möglichkeit vorgelesen,  
 den 50 Quadratkilometer umfassenden Raum der Kohlengruben wir-  
 sam durch die Militärmacht zu schließen!

Als die einzige Gewähr für einen friedlichen Verlauf des Streiks  
 erscheint demnach die Unmöglichkeit einer teilweisen Wiederaufnahme der  
 Arbeit infolge der geringen Zahl der „Gelben“. Unter den 700 Mann,  
 die sich bei der „gelben“ Gewerkschaft als arbeitswillig angemeldet haben  
 sollen, giebt es nach ihrer eignen Angabe bloß 400 Kohlenarbeiter.  
 Indes scheinen die politischen Hintermänner der Streik-  
 brecher, die radikal-kapitalistisch-nationalistische Parteien, die den  
 „Gelben“ bereits einen Judaslohn von 80 000 Franc an Unter-  
 stützung zugesichert haben, alles daran zu setzen, um die Dinge zu  
 einem blutigen Konflikt zuzuspitzen. In den letzten Tagen  
 werden „Gelbe“ nach Montceau aus den umliegenden Orten speziert,  
 insbesondere aus Creusot, wo der Kisenkönig Schneider ja die  
 rote Gewerkschaft so gut wie vernichtet und die überwiegende Mehr-  
 heit der Arbeiter wieder in „Gelbe“ verwandelt hat. Sie kommen  
 einzuwollen wieder in kleinen Truppen an, um der Aufmerksamkeit  
 der Streikenden zu entgehen und den polizeilich-militärischen Schülern  
 der „Arbeitsfreiheit“ die Aufgabe zu erleichtern . . .

Zur Kennzeichnung der Regierungssaktion ist noch zu sagen, daß  
 die Truppenteile in Montceau schon ein paar Mal gewechselt wurden.  
 Die Behörden und die Offiziere scheinen eine dauernde Verhärtung  
 zwischen den Soldaten und den Arbeitern zu befürchten — von  
 wegen der Beeinflussung der letzteren durch die letzteren. Die  
 Streikenden verbreiten nämlich unter den Soldaten „umhürzlerische“  
 Aufwache, in denen — scheidlich zu sagen! — die Proletarier in

Uniform aufgefordert werden, nicht auf ihre Brüder in der Arbeits-  
 jacke zu schließen.

Einer der letzten Ausrufe lautet:  
 „Kameraden, Soldaten! (Arbeiter von gestern, wißt Da es  
 morgen sein.) Diejenigen, die vor Euch hier waren, sind auf  
 höheren Befehl erschossen worden. Warum? — Weil Eure Chefs ahnten,  
 daß jene keine Mörder sein wollen, bereit, auf die um einen höheren  
 Lohn streikenden Kohlenarbeiter zu schießen. — Ihr, in Montceau  
 neu angekommen, die Situation nicht kennend, dürft nicht zu Mit-  
 schuldigen derjenigen werden, die ein blutiges Gemetzel vorbereiten.  
 — Soldaten, rötet Euch nicht die Hände mit Arbeiterblut! —  
 Kameraden, wenn man Euch zu fernem Befehl, schießt nicht! Hoch  
 die Brüderlichkeit!“

Die bereits erwähnte Delegation der socialistischen Kammer-  
 fraktion hat gegen die Entfaltung der Truppenmacht protestiert. Die  
 Wirkung dieses Protestes bleibt abzuwarten. Der Ministerpräsident  
 hat jedenfalls keine Abhilfe versprochen.

Es sei noch erwähnt, daß der Abg. Léon (Blancaud) von  
 Montceau aus die socialistische Fraktion telefonisch gebeten hatte,  
 wegen der militärischen Maßnahmen eine Interpellation einzubringen.  
 Die Fraktion ließ es leider bei der Delegation bewenden.

Dieselbe Delegation hatte auch gegen die „übermäßige Ent-  
 faltung von Truppen in Marseille und deren Einquartierung in  
 den Schulgebäuden“ zu protestieren. Demgegenüber beschränkte sich  
 Waldeck-Rousseau auf das Versprechen, die Truppen in den Kasernen  
 einquartieren zu lassen.

Aber auch sonst verschärft die Regierung in Marseille ihre  
 ordnungspolizeilichen Maßnahmen, man möchte fast sagen — in dem  
 Maße, wie die Halsstarrigkeit der Unternehmer wächst, die überhaupt  
 jede Unterhandlung mit der „internationalen Gewerkschaft“ rundweg  
 verweigern. Vorige Woche wurden zwei italienische Streikführer  
 ausgewiesen. Dabei muß man wissen, daß auch die Unternehmer  
 in Marseille zahlreiche Italiener und andre Ausländer in ihren  
 Reihen zählen. Warum hört man aber nichts von einer Ausweisung  
 der ausländischen — Unternehmer, die durch ihre Halsstarrigkeit den  
 Streik verhängen und so einen französischen Hafen „zu Gunsten des  
 Auslands ruinieren“? . . .

Zuletzt hat Waldeck-Rousseau zum Gaudium der Bourgeoispreffe  
 einen Schritt gethan, um welchen ihn die Dupuy, Barthou und  
 Mellin beneiden dürfen. Auf die telegraphische Anfrage des socia-  
 listischen Vorgermeisters von Marseille, Dr. Flaissières, der  
 nach Paris kommen wollte, um den Ministerpräsidenten über die  
 ernste Situation aufzuklären, antwortete dieser, er habe schon dem  
 Präsidenten die nötigen Instruktionen erteilt. . . . Er wies also dem  
 socialistischen Vertreter der Pariser Arbeiter die Thür,  
 während er am gleichen Tage in Paris den Vorsitzenden der  
 Pariser Handelskammer, einem waschechten Reaktionär, eben in  
 Sachen des Hafenarbeiter-Streiks empfing! . . .

Die kapitalistische Presse aller Schattierungen jubelt nun dem  
 Ministerpräsidenten zu. Nur verlangen die antiministeriellen  
 Bourgeoisblätter ein Weiteres, die Verabschiedung Willerands, der  
 angeblichen „Wurzel“ des Streik Übels. . . .

Noch eins. Flaissières gehört zu den ministerfreundlichen  
 Socialisten, was dem Benehmen Waldeck-Rousseaus noch eine be-  
 sondere Würze verleiht. Die Erklärungen Flaissières nach dem  
 Vorschlag lassen deutlich erkennen, daß es mit seiner Ministerfreund-  
 licheit dahin ist.

Es mag noch ein jedenfalls symptomatisches Gerücht vergehnet  
 werden, wonach Willerand und Waldeck-Rousseau sich überworfen haben  
 sollen. Sodann heißt es, daß die Radikalen eine neue Streikinterpellation  
 über die letzten Konflikte in Marseille zwischen Streikenden und  
 Arbeitswilligen vorbereiteten.

Die Lage ist trübe genug, um diese Interpellation den Ur-  
 hebern verlockend erscheinen zu lassen. Um so mehr, als die Dinge  
 in Marseille sich zuspitzen, indem die „französische Gewerkschaft“, die  
 sich immer mehr als eine „gelbe“ entpuppt, die Arbeit wieder auf-  
 nehmen will. Dagegen läßt sich einstweilen nicht sagen, ob der  
 Vorschlag der Streikenden, die Zwischenunternehmer zu befehligen,  
 um direkt für die Schiffbrüder zu arbeiten, durchdringen wird.

**Marseille, 22. März.** Die Gesamtzahl der Ausständigen und  
 Beschäftigungslosen beträgt gegenwärtig 18 000. Die meisten Fabrik-  
 fabriken haben bisher noch gearbeitet, da aber ihre Vorräte an Koh-  
 lenstoffen vollständig aufgebraucht sind, steht ihre Schließung unmit-  
 telbar bevor.

Der socialistische Abgeordnete Carnaud hat den Arbeitgebern  
 und Arbeitern vorgeschlagen, einen Schiedspruch des Gerichts-  
 prääsidenten Magnaud anzunehmen. Die Lage verschlimmert sich  
 mehr und mehr.

Die Angestellten der Straßenbahnen sind ebenfalls in den Aus-  
 stand getreten; nur einige Wagen verkehren unter dem Schutze von  
 Gendarmen. Bei der Rückfahrt der Wagen aus den Kasernen kam  
 es zu einigen Thätlichkeiten.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. März.

#### Agrarische Vorkommungen.

In der agrarisch-konservativen Presse gewinnen neuerdings,  
 nachdem sie eben erst den Grafen Wilow mit Schmeicheleien über-  
 schüttelt, starke Besorgnisse die Oberhand, ob ihnen am Ende nicht  
 doch noch die Jollisten entrisen werden könnten.

Die konservative Taktik war seit Jahren, die Kanalvorlage,  
 diesen Lieblingsplan des Kaisers, so lange zu verschleppen, bis sie  
 die hohen Jollistarsche und — woran ihnen vor allem lag — den  
 Doppeltarif in Sicherheit gebracht hätten. Herr v. Redlich hatte ja  
 dieses große Geheimnis der agrarischen Taktik offen ausgeplaudert:

Erst wenn die agrarischen Wünsche befriedigt seien, könne es möglich  
 sein, daß die Konservativen über den Mittellandkanal wohlwollender  
 dächten. Daher trieben die Stützen der Krone jene unerschämte  
 Obstruktion gegen die Kanalvorlage, darum vertrieben sie Woche  
 um Woche in der Kanalcommission und haben es bisher kunstvoll  
 verhindert, daß der kritische Teil der großen Kanalvorlage, das  
 Hauptstück, der Mittellandkanal bis jetzt überhaupt zur Beratung  
 gestellt werde.

Jetzt aber fürchten die Herren, daß sie sich in eigener Schlinge ge-  
 fangen haben, daß die Regierung ihnen ihre gerissene Taktik abgelaufricht  
 hatte. Verhandeln die Konservativen unabsehbare Zeit über den  
 längst spruchreifen Kanal — nun, können die Regierungen noch  
 länger über den Jollistarschen Verhandlungen pflegen und sie geben ihrer-  
 seits die umgekehrte Zedlische Lösung aus: „Erst den Kanal, und  
 dann werden wir sehen, wie weit die agrarischen Jollistarsche be-  
 friedigt werden können“.

Jornvoll bangt weit die „Deutsche Tageszeitung“  
 darauf hin, daß Herr v. Thielmann bereits am 11. Februar erklärt  
 habe, die Arbeiten des Reichshofamts über den Jollistarschen Kanals  
 unmittelbar vor dem Abschluß, und jetzt — am letzten Donnerstag —  
 habe derselbe Herr v. Thielmann, dessen Bruder Herr Stöcker so  
 schwer kompromittiert hat, den Abschluß wieder ins Ungeheime  
 hinaufgeschoben. Und drohend schreibt das Blatt:

„Die ganze Art, wie die unbedingt notwendige schnelle Er-  
 ledigung immer und immer wieder hinausgezögert wird, muß  
 das lebhafteste Befremden und die tiefste Ver-  
 stimmung hervorrufen. Der Reichskanzler hat versprochen, für  
 die möglichste Beschleunigung zu sorgen. Sollte es vielleicht  
 Widerstände geben, die er nicht überwinden kann? . . . Es ist  
 uns mitgeteilt worden, es sei mit Bestimmtheit darauf zu  
 rechnen, daß der Jollistarsche und das Jollistarschgesetz an den Bundes-  
 rat gelangen werde, wenn der Reichstag nach der Osterpause  
 wieder zusammentrete. Wir hoffen das bestimmt. Sollte es wider  
 Erwarten nicht der Fall sein, so würde man im Reichstage  
 etwas deutlich werden müssen.“

Die „Kreuz-Zeitung“ wird bereits jetzt sehr deutlich und,  
 indem sie in das tiefste Innere ihres verdüsterten Gemüths blicken  
 läßt, fährt sie aus:

„So gern wir an die Obstruktionsabsichten der vielleicht wieder unter  
 Herrn Singers Führung geeinten Minister glaubten, so fest sind  
 wir überzeugt, daß die erste Pflichterfüllung der Mehrheit, selbst  
 ohne Präferenzgelber, den Jollistarschen im Sommer zur Verabschiedung  
 bringen wird, wenn er rechtzeitig vorgelegt wird. Und davon war nach  
 der Versicherung des Reichskanzlers, die Angelegenheiten werden  
 möglichst beschleunigt werden, und nach wiederholten, noch kürzlich  
 erfolgten Auslassungen anderer Seiten nicht zu zweifeln. Jetzt mit  
 einem Male verbreiten sie immer zusehender das Gerücht, die  
 Vorlage werde erst die nächste Reichstags-Session beschäftigen.“

Weshalb die Gegner einer nationalen Wirtschaftspolitik das  
 möglichst weite Hinanschieben des Termins wünschen, liegt  
 auf der Hand. Je länger ihre oben gekennzeichnete Agitation  
 fortgesetzt werden kann, um so stärkeren Einfluß versprechen  
 sie sich von ihr gerade an den Stellen, auf die sie berechnet ist.  
 Träte denn gar im Herbst, so rechnen sie ferner, ein Steigen der  
 Getreidepreise infolge einer etwaigen schlechten Ernte ein, so würde  
 das der Agitation eine erhöhte Schwungkraft verleihen. Aber eine ganz  
 besondere Hoffnung spielt bei dieser die Entscheidung über den  
 Jollistarschen Kanals infolge einer etwaigen Spekulation unfer  
 Gegner die wichtigste Rolle. . . . Erst sollen die Kanalverhandlungen  
 des Landtags zu Ende geführt sein und zwar so, daß der  
 Mittellandkanal schlechthin und dauernd gefallen ist, erst dann soll  
 im Herbst des Reichstags der Jollistarsche vorgelegt werden und  
 zwar nunmehr ab irato (im Zorn) grandlich zum Nachteil der  
 heimischen Landwirtschaft umgestaltet!

Schließlich winnt die „Kreuz-Ztg.“ noch mehr naiv als pfiffig  
 mit einem möglichen Entgegenkommen in der Kanalvorlage:

„Noch sind die Verhandlungen in der Kanalcommission nicht  
 genügend weit vorgeschritten, um sicher beurteilen zu können, ob  
 dort oder im Plenum eine Verständigung über die Kanalvorlage  
 endgültig unmöglich ist, oder ob nicht bei gegenseitigem Entgegenkommen  
 Regierung und Mehrheit des Abgeordnetenhauses zu einem immerhin  
 befriedigenden Resultat gelangen werden. Dringend wünschenswert  
 ist es aber vor allen Dingen, daß weder Regierung noch der  
 Landtag die Förderung und Erledigung der Kanalvorlage mit der  
 des Jollistarschen in eine bedingende Verbindung bringen.“

Dieser Wunsch, die beiden Vorlagen nicht in Verbindung zu  
 bringen, bedeutet natürlich in Wirklichkeit das Begehren, sie in der  
 Weise zu verbinden, daß die Regierung erst den Jollistarschen  
 vorlegt und dann wegen des Kanals das — beste hofft.

Für uns Socialdemokraten haben diese Coullissenintrigen, dieses  
 Gedränge auf der Hintertreppe, eigentlich nur sittengeschichtlichen  
 Wert. Wir arbeiten nicht mit persönlichen Einflüssen und geben  
 nicht auf diplomatischen Schleichwegen. Wir rufen gegen die Be-  
 gehlichkeit der Junker die Macht des Volks zum Kampf — und in  
 diesem Kampf werden uns die agrarischen Vorkommungen eher be-  
 feuern als ermatten —

#### Präsidenten-Empfang.

Der Kaiser empfing am Freitagmittag das Präsidium  
 des Reichstags und das Präsidium des Abgeord-  
 netenhauses. Ueber den Empfang des Reichstagspräsidiums  
 teilt das „W. T. G.“ mit:

Das Präsidium gab zunächst den Gefühlen der Entrüstung des Reichstages über den Anschlag in Bremen Ausdruck und sprach alsdann die Glückwünsche des hohen Hauses zur Genesung Sr. Majestät aus. Der Kaiser, der sehr wohl aussieht, nahm die Glückwünsche huldvoll entgegen und unterhielt sich dann längere Zeit mit den drei Präsidenten.

Ueber die Audienz des Präsidiums des Abgeordnetenhauses s. die „Berliner Tageblatt“ folgenden Bericht:

Präsident v. Kröcher richtete an Sr. Majestät folgende Ansprache:

Eure Kaiserliche und Königl. Majestät! Der heutige Tag, der 22. März, ruft in uns die Erinnerung wach an allerhöchste Ihres hochseligen Herrn Großvaters Majestät, — die unselige That in Bremen, an die gleich unseligen beiden Tage des Frühjahrs 1878, an denen wir die Schmach erleben mußten, daß unser ehrwürdiger, vielgeliebter Kaiser nicht mehr sicher war in seiner treuen Stadt Berlin, nicht mehr sicher unter seinen eigenen Landeskindern. Eure Majestät haben jetzt Wehliches erfahren. Wir danken Gott, daß er Schlimmeres verhüten hat, und bitten ihn, daß er auch ferner seine allmächtige Hand über dem erhabenen und geliebten Haupte unseres Herrn und Königs halten wolle. Die Hoffnung, daß Gott, der Herr, diese Bitte erfülle, sei Eure Majestät Stärkung, und aber Trost und Zuversicht.

Der Kaiser entgegnete auf diese Ansprache und sprach seine Freude darüber aus, daß das Abgeordnetenhau den Wunsch geäußert habe, seine Empfindungen ihm persönlich zum Ausdruck zu geben. Er besagte das schmerzliche Ereignis, welches ihm zugefallen sei. Mit sichtlich bewegter Stimme hob er die Zeichen der Zeit hervor, die Jugend sei demoralisiert, alle Stände ohne Unterschied trügen die Schuld an den Zuständen, die Maßnahmen der Staatsregierung würden einer zu scharfen Kritik unterzogen, seit dem Tode Kaiser Wilhelms I. habe die Autorität der Krone stark gelitten.

Hierauf erreichte die Audienz ihr Ende, indem der Monarch sich leutselig verabschiedete.

Beide Kämpferungen, die des Herrn v. Kröcher, wie die des Kaisers, sofern sie richtig wiedergegeben werden, sind recht bemerkenswert.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses scheint den Beweis liefern zu wollen, daß er das von ihm selbst aufgerichtete Ideal eines Staatsmanns, der nur der starken Nerv, aber weniger der Intelligenz bedürftig, nicht erfüllt. Denn seine Ausführungen zeugen in der That von einer Intelligenz, die dem konservativen Imperator-Präsidenten des Abgeordnetenhauses kaum zuzurechnen war. Herr v. Kröcher ist zu der Einsicht gelangt, daß die Attentate von 1878 auf gleiche Stufe zu stellen sind mit der That in Bremen, die ein Epileptiker im Zustande vollständiger Bewußtlosigkeit begangen hat. Vielleicht wird Herr v. Kröcher sich nun auch unserer Beurteilung jener schändlichen Ausübung der 78er Vorkommnisse zur Entschuldig der deutschen Arbeiterklasse anschließen. Es scheint, daß wir die Intelligenz des Herrn v. Kröcher bisher unterschätzt haben.

Aus den Reden und Kämpferungen des Kaisers sprach sonst ein Hochgefühl von Kraft und Macht. Das scheint jetzt wie ausgelöscht. Seine Worte an das Präsidium des Abgeordnetenhauses deuten auf eine überaus gedrückte Stimmung, die nicht recht verständlich ist, wenn auch der Kaiser, wie doch nicht anders anzunehmen ist, in dem Wurf des Epileptikers nichts als einen unglücklichen Zufall sieht. Dem Kaiser erscheint die Welt, in die er sonst so zuversichtlich blühte, jetzt grau in grau. Die Jugend ist verdorben, alle Stände sind schuld beladen; nur die Staatsregierung wird noch in günstigem Lichte gesehen, sie wird vor zu scharfer Kritik in Schutz genommen.

Am auffälligsten aber ist die melancholische Bemerkung des Kaisers, daß die Autorität der Krone gelitten habe. Wir hatten andre Auffassungen beim Kaiser angenommen, nachdem in jüngster Zeit seine maininistischen und weltpolitischen Zielpläne, aus denen er die historische Bedeutung seiner Regierungszeit erwachsen sieht, durch die Volkverletzung, Willkür und eifrige Förderung erfahren haben. Es mag jedoch sein, daß die düstere Beurteilung der Dinge seitens des Kaisers nicht allein aus dem Bremer Vorkommnis herührt. Vielleicht ist auch er von der Stimmung beeinflusst, die in den Worten des Reichskanzlers klang: Wären wir nur erst aus Peshik her! Die Unfruchtbarkeit des opferreichen Chinazugs, der mit so hohen Erwartungen begonnen war, die Mißgunst anderer Mächte gegen das deutsche Oberkommando und alle die andern Missethaten dieser weltpolitischen Expedition — das alles mag die Verstimmung des Reichsoberhauptes erklären.

## Deutsches Reich.

### Zur Charakteristik Stumm's.

Beim Tode des Gewaltigen von Saarbrücken hatten selbst sogenannte demokratische Blätter den üblen Geschmack, dem Freiherrn Stumm in jener bei bürgerlichen Literaten in die Mode gekommenen, gedanken- und meinungslosen ästhetischen Betrachtung den Wert eines Charakters, eines ganzen Arztes zuzubilligen, obwohl doch die geistige Bedeutungslosigkeit nur durch den die Energie steigenden pathologischen Verfall einen falschen Schein von innerer Kraft erhielt. Jetzt lesen wir nun in der „Zukunft“ ein paar Intimitäten über die „Wesenheit“ des edlen Freiherrn, die den „ganzen Arztl.“ aber zugleich auch die Zeit, die er beherrschte, hinlänglich kennzeichnen:

„Wenn er sich ärgerte, wenn etwas ihm un bequem war, sagte er sich in den Schnelligkeit und fuhr zum Oberpräsidenten oder nach Berlin zum Kaiser, und rühte nicht bis sein Wunsch erfüllt, der Gegenstand seiner Beschwerde beseitigt war. Wenn er in den Parlamenten auf Schwierigkeiten stieß, versammelte er die wichtigsten Abgeordneten im Kaiserhof um seinen Tisch und hatte sie, noch ehe der Kaffee serviert wurde, in seines Willens Richtung gezwungen. Er war so verwöhnt, daß seine Gut keine Grenze kannte, wenn er irgendwo Widerstand fand. Kamentlich in den letzten Jahren war er, in dessen Familie zwei Fälle physischer Erkrankung vorgekommen waren, hypernervös geworden. Sein Selbstbewußtsein nahm krankhafte Formen an. Er wählte sich zum Reichsretter geboren. Die Brutalität seiner Rede steigerte sich, im Verkehr mit minder Mächtigen verfiel die Hemmungen und schlotternd sahen seine journalistischen Denkschriften ihn an. „Welcher Cohn hat denn diesen Artikel geschrieben?“ „Welches Kindvieh hat die Notiz in die Zeitung gebracht?“ So wettete er und schimpfte von früh bis spät. Und immer böser flackerte aus seinem biden Schädel das Auge hervor.“

Die Beweise, die wir seiner Zeit veröffentlichten, zeigten ja auch die höfliche Form, in der er mit seinem „Post“-Gesunde zu verfahren pflegte.

Interessant sind weiter die Mitteilungen, wie Herr v. Stumm seinen innig verehrten Heros des Hochherrschafts strappellos verriet: „Elf Jahre ist es jetzt her. Schon war das Wort gefallen: „Sechs Monate will ich den Alten noch verschmausen lassen; dann

regiere ich selbst.“ Schon waren die Februarerlasse Wilhelms des Zweiten erlassen und hatten die ganze Großindustrie in Aufruhr gebracht. In Friedrichshagen hatte Stumm von Bismarck gehört, „die maßgebende Zukunft“ wünsche offenbar einen neuen Diener, wolle den alten sich so bald wie möglich vom Halbe schaffen. Davor der Freiherr aufsprang. Wir sind doch auch noch da! Wir stehen Mann vor Mann hinter Ihnen! Wir werden unsere Stimme erheben und so laut reden, daß man es bis in das Innerste des Kaiserpalastes hört. Wir stehen und fallen mit Eurer Durchleucht. So ungefähr pflegte Bismarck den Vorgang zu schildern. Dann wurde der Staatsrat einberufen und der König und Kaiser sprach in der Eröffnungsrede den Satz: „Der den Arbeitern zu gewährenden Lohn gegen eine willkürliche und schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft, der Umfang der mit Rücksicht auf die Gebote der Menschlichkeit und der natürlichen Entwicklungsgehalte einzuführenden Aenderung, die Berücksichtigung der für das Familienleben in städtischer und wirtschaftlicher Hinsicht wichtigen Stellung der Frauen im Haushalt und andre, damit zusammenhängende Verhältnisse des Arbeiterstandes sind einer verbesserten Regelung fähig.“ Karl Ferdinand Freiherr v. Stumm sah im Staatsrat und fand kein leises Wortchen des Widerspruchs. Auch in der internationalen Arbeiterversammlung in London... Da wurde deutlich gesagt, die proletarische Internationale habe den Zweck, bessere Lebensbedingungen für die Arbeiter zu erreichen, da wurde sie, die so lange allen Staats-erhaltenden ein Schreckbild gewesen war, den Regierungen als leuchtendes Muster empfohlen. Das hätte genügen sollen, um Stumm zur Raserei zu treiben. Er schwieg. Er machte mit, weil er sich die maßgebende Zukunft nicht verfeinden wollte. Bismarck zürnte: „Stumm hat mich im Stich gelassen!“ Aber der Freiherr hatte richtig gerechnet. Erst als der längst schon lästige Kanzler endlich abgeschüttelt war, stieg dem Halberger die Sonne der Gunst auf des Himmels Höhe. Er wurde der Berater des Monarchen und sprach nun unwillig über den Grundbesitzer im Sachsenwald. Die Gunst hat er später durch allzu burschikosofes Wesen und durch Indiscretionen verlohren.

Als er dann freilich selbst wieder gestürzt war, berief er sich wieder eifrig auf den großen Bismarck!

So sah der Charakter aus! —

Die gegen den preussischen Justizminister gerichteten Enthüllungen unseres Parteigenossen Haase werden bisher in der offiziellen Presse mit einer Ausnahme völlig unbeantwortet gelassen. Das Schweigen ist nur zu verstehen, wenn die offiziöse Presse außer Stande ist, die Behauptungen des Abg. Haase zu bestreiten. Andre, falls es sich um ein Verbrechen handelte, das ein Justizminister die schwerste Anklage, die gegen sein Amt gerichtet werden kann, unbeantwortet läßt, die Anklage, daß er, beziehentlich einer seiner Beamten, der erste Staatsanwalt in Königsberg, einen gesetzwidrigen Druck auf ein Gericht ausgeübt haben sollen, damit es ein den Agrariern wohlgefälliges Urteil gegen die Socialdemokratie fälle.

In ihrer Verlegenheit versuchen die „Berl. Pol. Nachr.“ das einzige Blatt, das den Fall heute behandelt, auf die Frage abzuweichen, ob der Reichstag kompetent sei zur Erörterung derartiger Vorkommnisse in der Justiz eines Bundesstaats. Die „Berl. Pol. Nachr.“ befanden, wie tief die Entfaltung der preussischen Minister der Justiz getroffen hat, indem sie die förmliche Rebellion der preussischen Regierung gegen den Reichstag androhen:

„Die strenge Aufrechterhaltung dieser Grenze (der Zuständigkeit des Reichs) und die sorgsamste Wahrung der verfassungsmäßigen Souveränitätsrechte der Bundesstaaten durch das Reich bildet aber bekanntlich eine der ersten Voraussetzungen für die innere Stärke und den inneren festen Zusammenhalt des Reichs mit seinen Gliedern, und es wäre daher eine im Interesse der Einheit und des festen Zusammenschlusses aller deutschen Stämme bedauerliche Wirkung, wenn infolge solcher Verträge, vom Reichstage aus in die Zuständigkeit der bundesstaatlichen Landtage überzugreifen, das Vertrauen in den Fortbestand dieser Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zwischen dem Reiche und seinen Bundesstaaten auch nur im mindesten erschüttert würde. Unter diesem Gesichtspunkt gilt auch für den vorliegenden Fall die staatsmännliche Regel „Beuge vor.“

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ fordern, daß der Reichstag seine Mitglieder hindere, derartige Fälle zur Sprache zu bringen. Da die Socialdemokratie aus dem preussischen Landtage und den Parlamenten anderer Bundesstaaten dank des Klassen- und Wohlstandes ausgeschlossen ist, so würde damit die Aufdeckung des Unrechts verhindert sein.

Zweifelhaft ist es natürlich ein gutes Recht des Reichstags, solche Angelegenheiten zu behandeln. Fortdauernd in jeder Session sind Vorkommnisse im Rechtsleben der Einzelstaaten vor den Reichstag gebracht worden, und auch die Vertreter der Bundesstaaten haben dieses Recht niemals bestritten, denn sie haben Rede und Antwort gestanden. Nichts aber kann mehr Reichsstaatsrecht sein, als wenn in einem Bundesstaat die Unabhängigkeit der Rechtsprechung durch ungesetzlichen Druck auf die Richter aufgehoben wird. Und ganz besonders war der Vertreter der Socialdemokratie berechtigt, den Königsberger Fall im Reichstage vorzutragen, nachdem der Staatssekretär des Reichsjustizamts jede Möglichkeit einer Richterbeeinflussung in Preußen bestritten hatte.

Aber warum schweigen die in der Kompetenzfrage so redseligen „Berl. Polit. Nachr.“ über die nun einmal der Öffentlichkeit übergebenen Behauptungen des Abg. Haase? Warum rufen sie hier nicht ihr „Beuge vor“, damit nicht im Volk die Meinung sich verbreitet, als seien Richterbeeinflussungen im Dienst des Agrariertums ein Zubehör preussischer Rechtspflege.

Die neue Reichsanleihe wird, wie das „Wolffsche Telegraphenbureau“ meldet, Anfang April zur Subskription aufgelegt werden. Zur Emission werden gelangen 300 Millionen Mark 3prozentiger Anleihe. Die Anleihe ist von einem unter Führung der Reichsbank stehenden Konsortium übernommen worden, welchem außer der Reichsbank und der Sachhandlung noch angehören 17 Berliner Banken, drei Frankfurter Banken, je eine Bank in Hamburg, Köln, München, Nürnberg und Stuttgart.

Da diese Reichs-Anleihe nur einen Ertrag von etwa 260 Millionen Mark ergeben wird, der Regierung aber Anleihebedeutende bewilligt sind im Betrage von 347 Millionen Mark, so werden, wie die „Freih. Ptg.“ erinnert, späterhin noch weitere Anleihen zur Beschaffung der übrigen 87 Millionen Mark aufgenommen werden müssen, es sei denn, daß inzwischen von China Kapitalentscheidungen geleistet werden.

Die Ursache des Ministerkurzes. Nach der „Frankf. Ptg.“ hängt der plötzliche Urlaub des württembergischen Ministerpräsidenten Freiherrn von Schottenstein — die gleiche Nachricht ist auch schon zugegangen — mit einem einer dritten Periode drohenden Kuppelprozess zusammen. Es handelt sich um eine Untersuchung wegen Vergehens gegen § 180 des Strafgesetzes, in der der Ministerpräsident v. Schottenstein als Zeuge auftreten soll.

§ 180 des Strafgesetzes lautet: Wer gewohnheitsmäßig oder aus Eigennutz durch seine Vermittelung oder durch Gewährung oder Verschaffung von Gelegenheiten der Unanständigkeit Vorwand leistet, wird wegen Kuppelerei mit Gefängnis bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden.

Wirtschaftlicher Rückgang. Die deutsche Ausfuhr im Februar 1901 ist um 295 718 Tonnem niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres; sie betrug 2 248 888 Tonnem. Die Einfuhr ist um 403 177 Tonnem gestiegen und erreichte die Höhe von 2 678 191 Tonnem, doch entfällt die Steigerung wesentlich auf Kohlen, von denen 387 201 Tonnem mehr eingeführt wurden.

In unserem Bericht über die 67. Sitzung des Reichstags (Nr. 63 des „Vorwärts“) heißt es in der Rede des Abgeordneten Stadthagen:

Die Vermögensgenossenschaft hat auch seiner Zeit 10 000 M. bewilligt, um in dem Privathaus des Herrn Felisch, das auch zu Zwecken der Vermögensgenossenschaft dient, elektrische Beleuchtung einzuführen und bei der Einweihung des Hauses wurden 2000 M. von der Vermögensgenossenschaft aus gegeben.

Es ist an dieser Stelle des Berichts irrtümlich der Name des Herrn Felisch genannt, während der Abg. Stadthagen Herrn Vandike, Ehrenvorsitzenden der Holz-Vermögensgenossenschaft, als denjenigen bezeichnet hatte, für dessen Haus elektrische Beleuchtung eingeführt ist usw.

## Ausland.

### Dänemark.

Des Folkething hatte am Montag eine recht interessante Verhandlung, aus der unter andern auch wiederum hervorging, wie sehr man in Dänemark selbst in bürgerlichen Kreisen von dem Nutzen und der Notwendigkeit der Arbeiterorganisationen überzeugt ist. Es handelte sich zunächst um eine von den Socialdemokraten gestellte Anfrage an den Ministerpräsidenten, was er gegenüber der zunehmenden Arbeitslosigkeit zu thun gedenke. J. Jensen begründete die Interpellation und führte unter andern aus, daß die Gewerkschaften ihren Arbeitslosen bis jetzt selbst geholfen hätten, was man auch daraus erkennen konnte, daß die Armenlisten nicht in die Höhe gegangen seien; aber auf die Dauer würde das doch ihre Kräfte übersteigen. Im Dezember vorigen Jahres seien nur 7 Proz. der sachorganisierten Arbeiter arbeitslos gewesen, jetzt seien es 32,4 Prozent. Redner fragt dann den Ministerpräsidenten, warum denn die großen Staatsarbeiten, für die die Mittel doch schon lange bewilligt seien, nicht mit Angriff genommen würden? — Es handelt sich dabei um eine neue Bahnanlage, die 14 Millionen Kr. kosten soll, ferner um eine Fährte zwischen Jøsser und Bornemünde, um ein Epidemiochospital und um einen Neubau der königlichen Bibliothek. — Der Ministerpräsident mußte wohl zugeben, daß eine außerordentliche Arbeitslosigkeit herrsche, meinte aber, es seien die Arbeiterbewegung und deren Führer schuld daran. — Jensen erwiderte darauf: im Jahre 1898 hätten 8 Prozent der Bevölkerung Kopenhagens Armen-Unterstützung bezogen, jetzt, nach einem Menschenalter socialdemokratischer Wirksamkeit seien es nur zwei einhalb Prozent. Gerade die Länder mit einigermaßen anständigen Arbeitslöhnen, wie England und Dänemark, hätten das größte Rationalvermögen. Wenn nun die Arbeiter ihre Organisation aufgeben, ihre Führer absetzen wollten und sie würden dann wieder in Not und Elend zurückfallen, ob dann der Minister Schesied ihnen helfen wolle? Der radikal-liberale Blumh sprach sich für hohe Arbeitslöhne aus, rühmte die dänischen Arbeiterführer und meinte, man solle sie auf Staatskosten ins Ausland schicken, damit sie auch dort die Arbeiter so zu organisieren könnten, wie hier zu Lande. „Warum“, sagte er, „sollen wir nicht tüchtige Arbeiterführer haben? Wir haben die tüchtigsten Kauerer, die besten Reaktoräre und die reinsten Verfassungsbrecher.“ — Schließlich fordert das Folkething einstimmig die Regierung auf, die Inangriffnahme der Arbeiten so viel wie möglich zu beschleunigen.

Darauf verhandelte das Folkething über das Verhalten des Verkehrsministers Juul. Rysensteen gegenüber dem Staatsbahn-Angestellten, Radmeister Bederien, dem Vorsitzenden des Eisenbahner-Verbands, dem der Minister, wie wir seiner Zeit meldeten, die Kandidatur zum Folkething zu verweigern suchte und den er dann von Kopenhagen nach der Station Warde verlegte. Der Socialdemokrat Lyngsie wies dem Minister nach, wie töricht sein Vorgehen in dieser Angelegenheit sei und wie es sowohl gegen die Verfassung als auch gegen das Wahlgesetz verstohe. — Der Minister brauchte demgegenüber allerlei Ausflüchte und meinte unter andern, er wolle die Staatsbahnangelegenheiten gegen die säkularistische Sklaverei und Knechtschaft schützen. Aber keiner der Abgeordneten kam ihm zu Hilfe, so er wagte sein Verhalten zu verteidigen. Schließlich beantragte der radikal-liberale Christensen, Stadl dem Minister ein Misstrauensvotum auszusprechen. Vor der Abstimmung verließ ein Teil der Konservativen den Saal, die übrigen enthielten sich der Abstimmung, und auch hier wagte es keiner, für den Minister einzutreten. Einstimmig sprach das Folkething dem Minister seine Mißbilligung aus.

### Rußland.

#### Die Studentenuunruhen in Petersburg.

von welchen wir kürzlich berichteten, sind viel ernstlicher gewesen, als es nach den aus Regierungsquellen stammenden Nachrichten den Anschein hatte. Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Petersburg berichtet, daß bei der Attacke der Kofaken auf die Kirche sechs Studenten ihr Leben lassen mußten. Einer, der eine Fahne mit der Aufschrift: „Nieder mit den temporären Universitätsregeln“ entfaltete, wurde von einem Kofakenoffizier niedergeworfen und verhielt sich auf der Stelle. In die größeren Petersburger Ambulanzen kamen viele Verletzte, meist mit Kopfverletzungen, die von den Kofakenoffizieren herrißten. Peitschen, in die Draht und Blei eingeschlossen ist, und deren Schlag, gut geführt, tödlich wirken kann. Auch Studentinnen sind vielfach sehr schwer verletzt. In der bekannten deutschen Ambulanz stehen sich gestern vier Studentinnen die Köpfe verbunden. Der Platz vor der Kathedrale sah einem Schlachtfeld ähnlich.

In letzter Zeit befürchtet man auch Arbeiterunruhen. In den Fabriken werden revolutionäre Proklamationen gefunden, die aber wirkungslos bleiben.

Auch in Moskau ist die Unsicherheit sehr gestiegen. Einem Wreslauer Blatte zufolge hat der Moskauer Generalgouverneur, Großfürst Sergei Alexandrowitsch, schon seit fünf Tagen sein Palais nicht verlassen und auch der Jar von seinem ausgesprochenen Wunsch Abstand genommen, der heutigen (18. März) Trauerfeier für Bogolegow vor der Ueberführung der Leiche nach Moskau beizuwohnen. Angeblich wird der Leichenwagen auf dem hiesigen Nikolai-Bahnhof militärisch bewacht. Der gestrige Sonntag war ein weit schlimmerer Tag, als die ersten Zugständnisse der Polizei erwarten ließen. Ein Gendarmerie-Offizier ist durch Hiebe mit seiner eigenen Kugel, die man ihm entziffen hatte, getötet, ein zweiter tödlich verletzt; einige Internirten sind sehr schwer, eine Menge Polizisten leichter verwundet. Durchbar gelitten haben die Studenten. Fünfzehn sind tot, über 50 sehr schwer verwundet.

Petersburg, 22. März. Eine Belamitmachung des Stadthauptmanns unterlag Zusammenkünfte und Volksversammlungen auf Straßen und Plätzen zu Zwecken, welche der staatlichen Ordnung und öffentlichen Ruhe entgegen sind. Zuwiderhandelnden wird administrative Strafverfügung bis zur Dauer von 3 Monaten oder Geldstrafe bis 500 Rubel angedroht.

# Die englischen Friedensbedingungen.

Ueber die von England den Boeren gestellten Friedensbedingungen geben die zwischen Chamberlain und Kitchener und Milner geschickten Telegramme Auskunft, die am Freitag dem englischen Parlament zugegangen sind. Nach diesen Berichten waren die Bedingungen, welche den Boeren angeboten, von dem General Botha aber abgelehnt worden, folgende: Sobald sich alle Streitkräfte der Boeren ergeben, wird die englische Regierung in den Kolonien Transvaal und Orange eine Amnestie gewähren. Gegen britische Unterthanen indessen, die aus Natal oder aus der Kapkolonie stammen, soll nach dem in diesen Kolonien während des Kriegs zur Anwendung gelangten Ausnahmengesetz verfahren werden. Die auf St. Helena, Ceylon oder anderswo in Kriegsgefangenschaft befindlichen Boeren sollen in ihre Heimat zurückgeführt werden. Die jetzige Militärverwaltung soll durch eine Verwaltung als Kronkolonie ersetzt werden. Es soll ferner in weitestem Maße Selbstregierung zugestanden werden. Kirchengut sowie Besitz öffentlicher Gesellschaften und die Fonds für Waisen sollen respektiert werden und englische und holländische Sprache in gleicher Weise zur Anwendung gelangen. Die englische Regierung kann nicht verantwortlich gemacht werden für die Sünden, welche die letzten republikanischen Verwaltungen gemacht haben, sie ist aber bereit, eine Summe von nicht über eine Million Pfund Sterling zur Deckung von Schadenersatzansprüchen von Boeren zu bewilligen. Den Farmern soll für ihre Verluste im Kriege Beistand durch eine Anleihe gewährt werden. Eine Kriegsteuer sollen die Farmer nicht bezahlen. Diejenigen Bürger, welche des Schusses der Feuerwaffen bedürfen, sollen die Erlaubnis erhalten, Waffen zu tragen, wenn sie sich einen Erlaubnisschein geben und sich in eine Liste eintragen lassen. Den Kaffern soll in beschränktem Maße Stimmgerecht gewährt werden. Wenn eine das Volk versetzende Regierung eingerichtet ist, soll die gesetzliche Stellung der Farbigen in ähnlicher Weise geregelt werden wie in der Kapkolonie.

## Parlamentarisches.

Die **Gewerbegerichtskommission des Reichstags** hat die Beratung der zum Gewerbegerichts-Gesetz gestellten Änderungsanträge am Dienstag beendet.

Zu § 63 lag ein sozialdemokratischer Antrag vor, welcher verlangte, daß die in der letzten Sitzung angenommene Bestimmung, daß das Einigungsamt des Gewerbegerichts künftig nicht mehr aus dem Vorsitzenden und vier Beisitzern des Gewerbegerichts bestehen soll, sondern aus dem Vorsitzenden und Vertrauensmännern, welche von den streitenden Parteien zu bezeichnen sind, wieder gestrichen werde. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder abgelehnt.

Im § 70 wurde folgender neue Absatz aufgenommen: „Das Gewerbegericht ist berechtigt, in gewerblichen Fragen Anträge an Behörden, an Vertretungen von Kommunalverbänden und die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten oder des Reichs zu richten. Durch diese Bestimmung soll den Gewerbegerichten das Recht gewährt werden, selbständig bei den Behörden und den genannten Vertretungen Anträge zu stellen und Petitionen einzureichen. Nach den Bestimmungen des bisherigen Gesetzes waren die Gewerbegerichte nur auf Ansuchen von Staatsbehörden oder des Vorstands des Kommunalverbands verpflichtet, Gutachten über gewerbliche Fragen abzugeben. — Der Oberpräsident von Berlin hatte bekanntlich durch Erlass vom 23. Dezember 1899, sich auf den Wortlaut des § 70 des Gewerbegerichts-Gesetzes berufend, verfügt, daß dem Berliner Gewerbegericht, wie den Gewerbegerichten überhaupt, ein Antragrecht an die gesetzgebenden Körperschaften nicht eingeräumt worden sei. — Diese Verfügung wird infänglich, wenn der Reichstag und Bundesrat dem Beschluß der Kommission die Zustimmung erteilen.“

In einem neuen § 70a wurde auf Antrag von (Heidelberg) Timbom bestimmt, daß die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Dienstherrn und Bediensteten durch Ortsräte dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts übertragen werden kann. Taphner (Soz.) hatte beantragt, auch die Entscheidung dieser Streitigkeiten dem Gewerbegericht (nicht nur dem Vorsitzenden deselben, ohne Zuziehung von Beisitzern) zu übertragen. Dieser Antrag wurde indes gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Den § 81 des bestehenden Gesetzes, welcher die im Jahre 1890 festgesetzten Uebergangsbestimmungen enthielt, beschloß die Kommission ganz zu streichen.

Schließlich wurde außer einigen redaktionellen Änderungen einzelner Paragraphen noch beschlossen, beim Plenum zu beantragen, daß die neuen Bestimmungen des Gewerbegerichts-Gesetzes am 1. Januar 1902 in Kraft treten sollen.

## Partei-Nachrichten.

**Parteiliteratur.** Im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erscheint demnächst: **Handelspolitik und Sozialdemokratie.** Populäre Darstellung der handelspolitischen Streitfragen von Karl Kautsky. Agitationsausgabe. 6 Bogen 8°. Preis 30 Pf. Partiebezug für Wahlvereine billiger. Der reiche Inhalt dieser aktuellsten Schrift wird gekennzeichnet durch die Kapitelüberschriften, die wir hier folgen lassen: 1. Die Finanzzölle. — 2. Die Handelsbilanz. — 3. Das alte Schutzoll-System. — 4. Der alte Freihandel in England. a) Haltung der Arbeiter. b) Der Freihandel in Frankreich. Der Handelsvertrag von 1860 und die Reichsbezugsmäßigkeit. c) Der Freihandel in Deutschland. Der Zollverein. Die Sozialdemokratie und die deutsche Arbeiterchaft. — 5. Der Uebergang vom Freihandel zum Schutzoll. a) Die politischen Gründe von Bismarcks Schwenkung. b) Die Schenkung der Zucker zum Agrarzoll. c) Der Uebergang vom Agrarzoll zum Industriezoll. d) Die politische Haltung der Bourgeoisie. f) Die kartellierten Industrien. g) Die Eisenindustrie. h) Die neue Weltpolitik. — 6. Der neue und der alte Schutzoll. a) Abstraktion und Wirklichkeit. b) Erziehungs- und privilegiertender Zoll. c) Export von Rohstoffen und Produktionsmitteln. d) Die Hemmung der industriellen Entwicklung durch den Schutzoll. e) Handelspolitik und Klassenkampf. — 7. Die Agrarzölle. a) Käufer und Verkäufer von Lebensmitteln auf dem freien Lande. b) Die Rolle der Landwirtschaft. c) Die wirksame Belämpfung des landwirtschaftlichen Wohlstandes. d) Die Belastung der Arbeiterchaft durch die Lebensmittelzölle. e) Die Belastung der Industrie durch die Industriezölle. f) Agrarzölle und Industriezölle. — 8. Die Handelsverträge. a) Der Weg zum Freihandel. b) Autonome Zollpolitik. c) Die Capribische Handelspolitik. d) Doppeltarif. Zollkrieg. Wertzölle. Reziprozität. Ausbrenntämien. e) Schutzoll und politische Korruption. — 9. Welt- und Sozialdemokratie. a) Der Kampf gegen das Schutzollsystem. b) Das nahende Ende der Arbeitsteilung von Agrar- und Industriezoll. c) Neuere Zollvereinsverträge. d) Weltkrieg oder Sozialismus. e) Export von Waren oder von Menschen.

**Wichtige Kombinationen.** Die Parteigenossen des 15. sächsischen Reichstagswahlkreises hielten ihre Vorberathung, in der sie den Genossen Göhre als Reichstagskandidaten proklamierten, beinahe in Chemnitz ab, das zum 16. Kreis gehört und vom Genossen Schöppel vertreten wird. Das gab anfangs verschiedenen bürgerlichen Blättern Anlaß zu dem Mißverständnis, daß Göhre an Schöppels Stelle treten sollte und es wurden daran sofort Kombinationen geknüpft über Meinungsabstimmungen etc. Unser Chemnitzer Parteiblatt stellt aus diesem Anlaß ausdrücklich fest, daß die Parteigenossen des Chemnitzer Wahlkreises gar nicht daran denken, einen Wechsel in der Reichstags-Kandidatur eintreten zu lassen. Wenn Schöppel, so sagt das Blatt hinzu, hier und da abweichende Ansichten äußert, so

hat er damit nichts anderes, als was alle anderen Parteigenossen bald in dieser, bald in jener Frage thun oder gethan haben. Die Hauptsache ist, daß sich jeder den für alle verbindlichen Beschlüssen unterwirft, und da wird es wohl niemand geben, der Schöppel hierin einen Vorwurf machen wollte.“

**Die Parteigenossen des oberrheinischen Agitationsbezirks** hatten am 7. April in Köln ihren diesjährigen Provinzial-Parteitag ab. Sie werden dabei auch die Frage der Handelsverträge und der Getreidezölle besprechen.

**Die ungarländische Socialdemokratie** wird ihren diesjährigen Parteitag am 26. und 27. Mai in Budapest abhalten.

## Die unbillige Brotverteuerung.

In Frankenberg in Sachsen sollte Genosse Göhre in einer Versammlung reden über „Die geplante Brotverteuerung“. Der fürsorgliche Bürgermeister der Stadt verbietet das auf Grund des Unbilligkeits-Paragraphe des sächsischen Vereinsgesetzes mit der folgenden unklaren Begründung:

„Es kann niemand vertreten werden, über bevorstehende handelspolitische Maßnahmen der Reichsregierung in öffentlichen Versammlungen zu verhandeln und gegen dieselben Protest zu erheben. Dabei wird jedoch vorausgesetzt, daß es sich um eine ernstliche Prüfung dieser Maßnahmen nach rein sachlichen Gründen handelt, daß insbesondere auch das Ziel, welches die Regierung mit den Maßnahmen erstrebt, nicht unterdrückt oder falsch dargestellt wird. Kein billig und unbefangener Urteilender wird nun, auch wenn er Gegner einer Erhöhung der deutschen Getreidezölle ist, in Abrede stellen können, daß die Reichsregierung, wenn sie eine Erhöhung der Getreidezölle ins Auge gefaßt hat, sich lediglich von der Absicht leiten läßt und der Ueberzeugung ist, damit dem Gesamtinteresse Deutschlands zu dienen, daß sie insbesondere neben den günstigen auch die ungünstigen Wirkungen, die eine solche Maßnahme, wie wohl alle handelspolitischen Maßnahmen, zur Folge hat, wohl erwogen, schließlich aber den Nutzen der Maßnahme als überwiegend angesehen hat.“

Dem gegenüber muß es als ein verwerfliches und frodoles Vorgehen bezeichnet werden, wenn der Reichsregierung geradezu die Absicht untergeschoben wird, mit der Erhöhung der Getreidezölle die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel zu beabsichtigen. Dies geschieht aber, indem in der Tagesordnung von der „replanten“ Brotverteuerung gesprochen wird, und es läßt sich daraus ohne weiteres schließen, daß mit der Versammlung lediglich beabsichtigt ist, die ungünstige Wirkung einer Regierungsmahregel einseitig zu agitatorischen Zwecken hervorzuheben, ja dieselbe sogar als das Ziel der Maßregel hinzustellen, ohne daß in eine vorurteilsfreie Prüfung und Abwägung aller voraussehbaren Folgen eingetreten werden soll. Dieses Vorgehen ist um so verwerflicher, da eine Erhöhung der Getreidezölle von der einschneidenden Wirkung auf die wirtschaftlichen Verhältnisse ganz Deutschlands sein wird, die entscheidenden Interessen haben wie drüben von der größten Bedeutung sind und deshalb im Interesse der Gesamtheit die vorichtigste Prüfung unter Fernhaltung aller einseitigen und agitatorischen Beeinflussung dringend geboten ist.“

Der Herr Bürgermeister wird für diese Glanzleistung weltfähriger Unfallverhütung zum Ehrenmitgliede des Bundes der Landwirte ernannt werden.

## Kommunales.

### Stadterordneten-Versammlung.

13. (außerordentliche) Sitzung vom Freitag, 22. März, nachmittags 6 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhaus eröffnet die Sitzung um 6 1/2 Uhr.

Die Stadterberatung wird fortgesetzt.

Ueber den Specialrat für Straßen- und Brückenbau referiert Stadtv. Friederich: Der Etat ist im Ausschuss unterändert zur Annahme gelangt. Im Zusammenhang mit dem Etat steht die Magistratsvorlage, wonach die Lebensmiete der bisher von den Privatunternehmern Proh und von Osten betriebenen öffentlichen Bedürfnisanstalten auf die Stadt in Aussicht genommen ist. Versuchsweise sollen Bedürfnisanstalten für das weibliche Geschlecht von der Stadt errichtet und betrieben werden und auch Anlagen zur Ausführung gelangen, in welchen Armoirs für Männer mit Klosettanlagen für beide Geschlechter verbunden sind. Die am 1. April ablaufenden Verträge mit den Unternehmern sollen bis 1906 mit einjähriger Kündigungsfrist ab 1905 verlängert werden und spätestens 1911, also nach 10 Jahren von selbst ablaufen. Von der Bestimmung, daß die Preisen für das weibliche Geschlecht besondere Eingänge von der Straße haben müssen, soll abgesehen werden können. Spätestens beim Etat für 1906 soll über das Ergebnis der Versuche eine Vorlage gemacht werden.

Der Etat wird en bloc unverändert genehmigt.

Stadtv. Dinsie erstattet den Bericht des Ausschusses über die Vorlage betreffend die

**Bewilligung von Ruhegeld und Hinterbliebenen-Versorgung für die ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt dauernd beschäftigten Personen.**

Der Ausschuss hat vom 28. November v. J. ab in sechs Sitzungen die Vorlage durchberaten und an denselben zahlreiche Änderungen vorgenommen.

§ 1 hat folgenden Zusatz erhalten: „Personen, deren Zeit und Kräfte durch die ihnen übertragenen Geschäfte nur nebenbei in Anspruch genommen werden, erwerben keinen Anspruch auf Ruhegeld.“ § 2 hat folgende Fassung erhalten: „Voraussetzung der Gewährung des Ruhegelds ist eine 10jährige ununterbrochene Dauer des Arbeitsverhältnisses bei Eintritt dauernder Arbeitsunfähigkeit. Als Unterbrechungen werden nicht angesehen unverschuldete Arbeitshindernisse, wie z. B. Krankheiten, Betriebsstörungen, Ableistung der militärischen Dienstpflicht, wenn diese unmittelbar zum Aufhören der städtischen Beschäftigung Anlaß geben und wenn nach Wegfall des Hindernisses die städtische Beschäftigung wieder aufgenommen wurde. Dauern solche Hindernisse länger als 13 Wochen im Kalenderjahr, so wird das Wehre an Zeit auf die Gesamtdauer der Beschäftigung nicht angerechnet. Ist die Arbeitsunfähigkeit die Folge einer Krankheit, Verwundung oder sonstigen Beschädigung, die bei Ausübung der Arbeit eintritt, dann tritt die Gewährung des Ruhegeldes auch bei kürzerer Dauer der Dienstzeit ein. Die Arbeitszeit vor Vollendung des 21. Jahres wird nicht berücksichtigt. Auf Personen, die erst nach Vollendung des 50. Lebensjahres oder nach bereits eingetretener Beschränkung ihrer Arbeitsfähigkeit in städtische Dienste genommen werden, findet das Statut keine Anwendung.“ § 3. „Das Ruhegeld beträgt nach 10jähriger ununterbrochener Dauer des Arbeitsverhältnisses 1/2 des Durchschnitts-Jahresverdienstes, steigend mit jedem weiteren Dienstjahre um 1/10 bis zum Höchstbetrage von 4/10. Für die Berechnung des Ruhegeldes ist der Arbeitsverdienst der letzten 6 Kalenderjahre maßgebend.“ § 4 lautet: „Freiheitsstrafen, die mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verbunden sind, schließen die Fortzahlung des Ruhegeldes aus. Andere Freiheitsstrafen, sofern sie einen Monat übersteigen, haben zur Folge, daß die Zahlung während deren Dauer ruht. In diesem Fall wird während der Dauer der Freiheitsstrafe das Witwen- und Waisengeld an die Frau und die Kinder gezahlt.“ § 5. „Das Witwengeld beträgt vier Zehntel des Ruhegeldes des Ehepartners. Es beginnt mit dem Tode des Manns und erlischt mit der Eheberziehung. Während der ersten zwei Monate werden die Restlohnbezüge verdoppelt.“ § 6. „Das Waisengeld beträgt für die ehelichen oder durch nachgefolgte Ehe legitimierten Kinder unter 15 Jahren: a) deren Mutter lebt und Witwengeld bezieht, 1/3 des Ruhegeldes für jedes Kind; b) deren Mutter nicht mehr lebt oder Witwengeld nicht erhält, 1/2 des nach § 5 zu berechnenden Witwengelds für jedes Kind; c) für Kinder unter 15 Jahren einer in städtischen Dienste voll beschäftigten, alleinlebenden weiblichen Person nach dem Tode der Mutter 1/2 des nach § 5 zu berechnenden Witwengelds für jedes Kind.“ Ein neuer § 7a besagt: „Wenn Personen, die 15 Jahre oder länger

ununterbrochen im Dienste der Stadt gestanden haben, das Arbeitsverhältnis aus Gründen gelündigt wird, die nicht in ihrer Person liegen, so erhalten sie, so lange ihnen eine ihren Kräften entsprechende Beschäftigung in einer andern städtischen Verwaltung nicht gegeben werden kann, die Hälfte des nach Maßgabe dieses Gemeindebeschlusses zu gewährenden Ruhegeldes und der Hinterbliebenen-Versorgung, auch wenn sie nicht dauernd arbeitsunfähig sind.“ § 8. „Stehen einem Ruhegeld-, Witwen- oder Waisengeldempfänger Bezüge aus Mitteln des Reichs, eines Bundesstaats oder anderer öffentlicher Verbände oder auf Grund der Gesetz über die Invaliden- und Altersversicherung zu, so wird das Ruhe-, Witwen- und Waisengeld um diese Bezüge gekürzt, und zwar auch dann, wenn der Empfänger berechtigt nach Aufforderung die zur Erlangung dieser Bezüge erforderlichen Schritte unterläßt. Bei den Ruhegeldempfängern tritt diese Kürzung jedoch nur dann ein, wenn und soweit diese Bezüge zusammen mit dem städtischen Ruhegeld den 7/10fachen Grundbetrag der Invalidenrente übersteigen.“ (Nach der Vorlage sollte auch die etwaige Unfallrente abgezogen werden.) „Das Ruhegeld, das Witwen- und Waisengeld wird in jedem einzelnen Falle vom Magistrat festgesetzt; es kann nicht als klagbares Recht gefordert werden. Bezieht der Magistrat die Bewilligung, so ist der Bewilligung Mitteilung zu machen. Das einmal bewilligte Ruhegeld etc. kann vom Magistrat jederzeit geändert oder wieder entzogen werden, indes bedarf der Magistrat dazu der Zustimmung der Versammlung.“

Stadtv. Heimann (Soz.): Wir werden der Vorlage zustimmen, obwohl wir lebhaft bedauern, daß die Mehrheit und der Magistrat den Rechtsanspruch auf Ruhegeld usw. den Arbeitern nicht gewähren wollen. Wir hoffen, daß es in absehbarer Zeit gelingen wird, die differentielle Behandlung zwischen Arbeitern und Beamten zu beseitigen. Bei der ersten Beratung haben wir eine Reihe von Bestimmungen für Verbesserungsbedürftig erklärt. Leider hat der Ausschuss unsere Anregung, daß Personen mit 10- oder mehrjähriger Beschäftigung nicht durch Beschluß ihrer unmittelbaren Vorgesetzten, sondern nur durch den Magistrat sollen entlassen werden können, ganz unter den Tisch fallen lassen. Bei der Ausschlußlosigkeit im Plenum nehmen wir aber den Antrag nicht wieder auf. Zudem hat der Oberbürgermeister im Ausschusse Erklärungen abgegeben, wonach schon jetzt jedem auch erst kürzlich eingetretenen Arbeiter der Weisheitsweg gegen Entlassung an den Vorgesetzten und in höherer Instanz an den Magistrat gegeben ist. Wir hoffen, daß diese Verhandlung dazu beitragen wird, die Kenntnis von dem Vorhandensein dieses Weisheitswegs in den Kreisen der städtischen Arbeiter zu verbreiten.

Darauf wird § 1 angenommen, ebenso ohne Debatte §§ 2-7. Zu § 7a liegen Änderungsanträge von den Stadtv. Lüben und Ballach-Kuhlmann vor. Stadtv. Lüben will das Ruhegeld nur gewähren, wenn es sich um Leute von über 45 Jahren handelt. Stadtv. Ballach will das Ruhegeld den Arbeitern gewähren, so lange ihnen eine andre Beschäftigung durch die städtische Verwaltung nicht gegeben werden kann und sie eine andre gewinnbringende private Beschäftigung nicht haben.

Stadtv. Mommien: Es soll hier den Arbeitern ein Wartegeld gegeben werden, das bisher nur den diplomatischen Vertretern im Ausland gewährt wird. Praktisch wird ja die Frage viel leicht von keiner großen Bedeutung sein. Andererseits ist es denkbar, daß wir städtische Betriebe nicht mehr in eigener Regie führen, sondern sie verpachten oder verkaufen oder den Betrieb einstellen. Wir gehen weit über das hinaus, was die Großindustrie in Berlin in zum Teil musterhafter Weise zum Schutze der Arbeiter gethan hat. Wir werden in erster Linie gegen den ganzen Paragraphen stimmen, in zweiter Linie für den Antrag Lüben. Der Antrag Kuhlmann ist unannehmbar, weil die Kontrolle darüber, ob ein städtischer Arbeiter wo anders beschäftigt werden kann, unthunlich ist. (Zustimmung.)

Stadtv. Singer: Die Stadt hat die moralische Verpflichtung, für ihre arbeitsunfähigen gewordenen Arbeiter insofern zu sorgen, wie es die andern öffentlichen Organisationen bereits thun und zu vermeiden, was die Privatindustrie thut, die ihre erwerbsunfähigen Arbeiter auf die Straße wirft. Möglichstweise fähig bei diesen Beschäftigung die Stadt finanziell noch besser als bisher. Für die Arbeiter kommt es aber darauf an, daß durch Gemeindebeschlüsse festgestellt wird, daß nicht nach Willkür, nicht nach Günst und Mißgunst gehandelt wird in einzelnen Fällen, sondern daß sich die städtische Verwaltung an gewisse Normen hält, nach denen alle Arbeiter gleich behandelt werden. Das ist der moralische Wert eines solchen Beschlusses. Es ist bezeichnend, daß Herr Mommien keinen schlagenden Einwand finden konnte, als den Hinweis auf die Wartegelder der Diplomaten. Herr Mommien meint, wir könnten den Leuten, die wegen Arbeitsmangel entlassen werden, keine Pension zubilligen. Nehmen wir einmal den Fall, die Entlassung muß vollzogen werden, nicht weil der Mann faul war, weil er schlecht gearbeitet hat oder betrunken war, sondern weil die Stadt den Betrieb verkleinert. Galtten Sie, Herr Mommien, es für möglich, daß ein Arbeiter von 45 Jahren noch in der Lage ist, sich denselben Verdienst zu erwerben, den er in der Stadt gehabt hat? Sagen Sie doch lieber: wir kümmern uns um unsere Arbeiter nicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr Mommien hat wieder seine Lieblingsidee vertreten, vielleicht ist er schon auf der Suche nach einem Pächter für die Gasanstalten.

Wir haben hier doch nur für die städtischen Arbeiter, nicht für die Privatindustrie zu sorgen. Die Privatindustrie wird keinen Arbeitermangel haben, wenn die Arbeiter sich bei ihr besser stellen als bei der Stadt mit der Pension. Der Antrag Lüben ist geradezu kleinlich. Der Paragraph ist bereits so verammet, daß ich den Mut bewahren, daß man ihn noch weiter beschränken will. Vor dem 30. Jahre kann ein Arbeiter ohnehin nichts bekommen. Die Differenz beträgt also nur 9 Jahre, und wegen dieser Kleinigkeit wollen Sie diesen heiligen sozialpolitischen Gedanken verabschieden? Verkleinern Sie doch Ihr Verdienst nicht selbst und das Lob, das Sie sich bei den Arbeitern verdienen können! Der Antrag Lüben hätte doch nur den Erfolg, die Sache den Leuten ein bißchen zu vereiteln. Wir sollten uns freuen, daß Berlin als die erste Stadt ein solchen Schritt that; es werden sich bald Nachfolger finden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Wallach (K. L.): Kollege Heimann wünscht, die Arbeiter würden so behandelt wie die Beamten; Herr Singer bedauert, daß aus dem Ausschuss nicht mehr herausgelassen ist. Diese beiden so nebenher gemachten Bemerkungen zeigen, daß uns die Herren dahin führen wollen, wohin wir nicht gehen werden, in den sozialistischen Staat. (Weiterkeit.) Ich kann mit einem Teil meiner Freunde dem Vorschlag nicht folgen. Wo soll das schließlich die Privatindustrie bleiben? Der Antrag Lüben ist mir unannehmbar geworden; er lautete früher auf 55 Jahre, jetzt sind 10 Jahre abgelaufen und damit ist die Differenz zu gering geworden. In erster Linie stimme ich gegen § 7a. Eventuell nehmen Sie den Abschwächungsantrag an, der im Ausschuss vom Stadtv. Kuhlmann gestellt war, das Ruhegeld ganz oder halb so lange zu gewähren, bis der Betreffende wieder eine geregelte Beschäftigung gefunden hat.

Stadtv. Kallisch (Wild): Ich kann dem § 7a nicht die Kraft beimessen, zum sozialistischen Staat zu führen. Ich halte den § 7a für außerordentlich vernünftig, auch ist sein Prinzip dem Privatbetriebe nicht mehr fremd. (Widerpruch.) Das größte Mißo sind im Einzelnen 150 M.; kann das für die Stadt ins Gewicht fallen? (Auf: Ja.) Und wird dann ein unfer Werk plötzlich völlig eingehen? Das ist ja ganz undenkbar.

Stadtv. Lüben (Soz. Mommien): Der Kollege Mommien, den Herr Singer so vorgenommen hat, ist der eigentliche Vater dieses Pensionsgesetzes; bei der englischen Gesandtschaft besteht schon etwas Ähnliches. Der Verpachtungsgedanke hat doch sehr viel für sich. § 7a ist eine Schweregedur gewesen. Ich will ihn nicht verabschieden, sondern verbessern, um ihn durchbringen zu helfen.

Stadtv. Naack (K. L.) tritt für die Annahme der Ausschussfassung ein (Beifall), ebenso Stadtv. Nathan (K. L.) und Stadtv. Cassel (K. L.). Die Herren Nathan und Cassel erklären den Antrag Kuhlmann-Wallach für absolut unannehmbar.

Nach Ablehnung eines Schlußantrags kämpft Stadt. Mommsen nochmals gegen das „verderbliche“ Prinzip des § 7a an.

Stadt. Hugo Sachs (V. L.): Der § 7a ist nur eine Konsequenz des von uns in dem Statut für die künftigen Beamten bereits angenommenen Prinzips. Die Stadt kann nicht aus Rücksicht auf die Kleinrentner vor diesem Schritte förmlich zurückweichen.

Ueber die Fassung des § 7a nach dem Ausschuhtrage wird, da diese am weitesten geht, zuerst abgestimmt. § 7a wird angenommen (Weisfall); damit sind die Amendements hinfällig geworden.

Der Rest der Vorlage und die letztere im ganzen werden ebenfalls angenommen.

Außerdem nimmt die Versammlung zwei Resolutionen des Ausschusses an:

1. Den Magistrat zu ersuchen, den zur Zeit des Erlasses dieses Gemeindefestgesetzes im Dienste der Stadt befindlichen Straßensreinigungsarbeitern, welche innerhalb der nächsten zehn Jahre dienstunfähig werden, die ihnen nach den bisherigen Grundsätzen etwa zustehenden Wehrzüge zu gewähren;

2. auch bei den bei Sitzungen beschäftigten Personen die Bezüge nach diesem Statut thunlichst zuzuwenden.

Die Vorlage wegen Einsetzung eines Schiedsgerichts über die von einem Unternehmer beim Neubau des Märkischen Museums gemachten Ansprüche geht an einen Ausschuss.

In Sachen der wiederholt beantragten, aber vom Magistrat bisher stets abgelehnten Einstellung eines Betrags von 5000 M. in den Etat zur Disposition des Stadtverordneten-Vorstehers will jetzt der Magistrat in gemischter Deputation verhandeln. Die Versammlung stimmt zu.

An den Kaufmann und Kommerzienrat Stein, Eigentümer der Grundstücke Neue Friedrichstr. 29/30, sind 1880, wo diese Grundstücke zum Zwecke der Erweiterung der Central-Markthalle enteignet wurden, 1400 000 M. gezahlt worden. Herr Stein forderte für die freihändige Abtretung 75 000 M. mehr, was die Versammlung ablehnte, worauf das Enteignungsverfahren eingeleitet wurde. In demselben ist die Entschädigung bedeutend höher, nämlich auf 1 009 634 M. festgesetzt; in der Berufung beantragt die Stadt nur noch eine Entschädigung von 71 886 Mark, so daß an Stein unter allen Umständen noch 226 749 M. zu zahlen sein werden, wozu nicht weniger als 123 842 M. Zinsen kommen. Die 350 000 M. sind an Stein bereits gezahlt worden, der Magistrat beantragt die Summe aus dem Erneuerungs- und Ergänzungsfonds der Markthallenverwaltung zu decken.

Die Versammlung stimmt ohne Debatte zu.

Ueber die bisherigen Ergebnisse der Ausschussberatung des Antrags Singer betr. die Wohnungsnot und die auf dem Gebiete des Wohnungswesens bestehenden Mängel berichtet

Stadt. Dr. Nathan. Der Ausschuss hat sich in seinen weiteren 4 Sitzungen schließlich zu folgendem Antrag geeinigt:

1. Die Versammlung ersucht den Magistrat, einer etwa drohenden Ueberfüllung des Obdach durch Vereinfachung von transportablen Baracken vorzubeugen, und sieht einer Vorlage über die Bewilligung der etwa erforderlichen Geldmittel entgegen.

2. Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit gemeinnützigen Baugenossenschaften und gemeinnützigen Aktiengesellschaften für die Herstellung kleiner Wohnungen in Verbindung zu treten und die Modalitäten festzusetzen, wie durch Unterfützung seitens der Stadt (Gergabe von Grund und Boden zu Eigentum oder im Erbbaurecht, Hypothekenübernahme, Pinsgarantie usw.) kleine, gute, gesunde und möglichst billige Wohnungen seitens jener Genossenschaften und Gesellschaften in erheblicher Anzahl hergestellt werden können. Die Höhe der Mieten für die Wohnungen ist so zu bemessen, daß mit der Verzinsung und Amortisation des für die Herstellung aufgewendeten Kapitals, die aus der Instandhaltung usw. entstehenden Aufwendungen sowie die Verwaltungskosten in Anrechnung gebracht werden. Die erforderlichen Kapitalien sind aus einer Anleihe aufzubringen. Die Versammlung erwartet eine Vorlage seitens des Magistrats.

Von den sozialdemokratischen Stadtverordneten wird beantragt, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, durch welche die Errichtung von Häusern mit gesunden billigen Wohnungen auf städtischem Terrain schleunigst in die Wege geleitet wird.

Die Höhe der Miete usw. wie im Ausschuhtrage.

Stadt. Heilmann (Soz.): Dem ersten Antrage des Ausschusses werden meine Freunde zustimmen. Schon heute, vor dem Umzugstermin, ist im Familien-Obdach eine Verlegung von 600 Personen vorhanden; die Bettenzahl genügt also nicht. Die Zeit drängt, und so lassen wir uns auch für den Notbehelf der transportablen Baracken gewinnen, obwohl wir in erster Linie für die Verlegung der Kranstation aus der Friedhofstraße sind. Für den zweiten Ausschuhtrage bitten wir Sie, den unsrigen anzunehmen, wonach die Stadt selbst bauen soll. Der Wohnungsmangel in Berlin ist evident, nur 2 pro Mille der Wohnungen stehen leer. Wout die Stadt, so kommen wir schneller aus der Misere heraus. Berlin und alle Kommunen haben auf dem Gebiete des Wohnungswesens bisher absolut nichts gethan; die Entwidlung der Dinge hat zur größten Einseitigkeit geführt, und nur eine kommunale Wohnungspolitik kann weiteren Schäden vorbeugen. Was Sie durch Baugenossenschaften erreichen wollen, würde schneller und praktischer durch unsren Antrag erreicht werden, wie es in anderen Städten, zum Beispiel in Düsseldorf geschehen ist. Durch die Errichtung des zweiten Rathhauses, durch die Vervollständigung des Scheunenviertels usw. machen Sie eine Menge von Leuten obdachlos. Die Stadt muß Wohnungspolitik in großem Stil treiben. Ein preussisches Wohnungsgesetz wird ja nach schärfstem Muster beachtet; wir wollen uns nicht zu Maßnahmen zwingen lassen, die wir selber ausführen müssen. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Stadt. Cappel: Ein Wohnungsmangel besteht zweifellos, wir bestreiten aber die rechtliche Verpflichtung der Stadt, selbst zu bauen. Deshalb können wir für den Antrag der Sozialdemokraten nicht stimmen; wir beschränken uns auf den Antrag des Ausschusses. Wir behalten uns Weiteres für die Zukunft vor.

Stadt. Mommsen: Der Ausschuhtrage bietet einen Fingerzeig, wie der zweifellos vorhandene Wohnungsmangel abzuhelfen ist. Der Antrag Heilmann ist selbstverständlich als sozialistisch für uns unannehmbar.

Stadt. Wallach: Wir sind principiell gegen den Häuserbau durch die Stadt. Wenn Heilmann beantragen würde, sämtliche Häuser Berlins zu verstaatlichen, so würde ich mit Freuden dafür stimmen. (Heiterkeit.) Wir sind für den Ausschuhtrage, der die mittlere Linie aller gestellten Anträge bildet.

Stadt. Rosenow (V. L.): Der Antrag Heilmann ist keineswegs sozialistisch, er verfolgt vielmehr lediglich praktische Zwecke. Er würde auch nicht die Stadt zwingen, fortgesetzt Häuser zu bauen, wie man befürchtet. Ich werde mit einem Teil meiner Freunde für den Antrag stimmen.

Der erste Ausschuhtrage wird einstimmig angenommen, der Antrag Heilmann abgelehnt. Darauf gelangt der zweite Ausschuhtrage mit großer Majorität zur Annahme.

Zu der oben mitgetheilten Vorlage betreffend die öffentlichen Bedarfsanstalten beantragt

Stadt. Dupont (Soz.) Ausschussberatung. Die Frage sei sehr wichtig und die Vorschläge des Magistrats seien trotz der zehn-jährigen Geschichte dieser Angelegenheit ganz unzulänglich. Die Privatunternehmer hätten für ihr angestelltes Personal in der ganzen Zeit nichts gethan. Es werde zu prüfen sein, ob die Verträge nicht sofort zu lösen sind.

Stadt. Rosenow beantragt, die Verträge nur auf zwei Jahre, bis zum 1. April 1903 zu verlängern. Für Ausschussberatung sei die Zeit zu kurz.

Stadt. Voigt hält eine zweijährige Frist für ungenügend. Man sollte die Frist wenigstens auf 3 Jahre verlängern.

Stadt. Dupont: 14 Tage vor Ablauf der Verträge wird uns die Vorlage gemacht, und man heißt es, die Zeit reicht für Ausschussberatung nicht hin! Wir müssen einmal ein Exempel

statulieren und die Verträge aufheben. Die Freigezellen sind fast immer verschlossen gehalten, so daß die weiblichen Personen sie nicht benutzen konnten. Das ist in der Allgemeinheit sehr unliebsam empfunden worden.

Stadt. Rosenow: Mit der Verlängerung der Verträge auf drei Jahre sind wir einverstanden, verlangen aber auch, daß dafür gesorgt wird, daß die Freigezellen offen und lauter gehalten werden.

Der Antrag Dupont wird angenommen und der Ausschuss sofort vom Vorstände ernannt.

Die Vorlagen betr. Festsetzung bezüglich der Anstellungsbedingungen und Gehaltsverhältnisse der beiden städtischen Betriebsverwaltungen beschäftigten Beamten, betr. die Anerkennung von künftigen Angestellten bei der Hauptkategorie der städtischen Werke als Gemeindebeamte und die Anstellung von fünfzig Ranglisten als Gemeindebeamte sind von dem niedergelegten Sonderausschuss in sechs Sitzungen durchberaten und angenommen worden.

Die beiden ersten vorstehend erwähnten Vorlagen werden en bloc angenommen; die dritte und die übrigen Beratungsgegenstände von der Tagesordnung abgesetzt.

Schluß gegen 9 Uhr.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Die Vertreter der Firma Sauerland Nachfolger Hohlweg u. Co., Lohmühlenstraße, haben wegen Lohnabzüge die Arbeit eingestellt. Es wird gebeten, den Bezug fernzuhalten.

Verein der Bretterträger und Dreitschneider Berlins und Umgegend.

### Deutsches Reich.

Die Typsetzer in Rostock haben am 21. März einstimmig beschlossen, in den Streik zu treten. Sie fordern einen einheitlichen Tarif mit ca. 10 Proz. Erhöhung der jetzigen Preise und zehnstündige Arbeitszeit, bisher 11 Stunden. Trotz mehrmaliger Unterhandlung kann sich der Oefenfabrikant Schulz, der hauptsächlich in Betracht kommt, nicht dazu verstehen, einigermaßen entgegenzukommen. Bemerkenswert ist, daß die Hilfsarbeiter den horrenden Lohn von 10,50 M. pro Woche erhalten.

Zur Lohnbesserung der Schneider. Der Zustand in Mainz ist zur Zufriedenheit der Gehilfen verlaufen, die Arbeit mit Jubiläum einiger Aufbesserungen wieder aufgenommen. Einige Geschäfte, die sich einer Verständigung unzugänglich gezeigt haben, werden von dem Verband der Schneider gesperrt.

In Würzburger Schneiderstreik fungierte das Gewerbeamt als Einigungsamt. Die Unternehmer erkannten zwar nicht alle Tarifforderungen an, ließen sich aber bei einzelnen Arbeiten zu beträchtlichen Preissteigerungen herbei. Auf dieser Basis wurde eine Einigung mit der Lohnkommission erzielt. Für Lohnarbeit wurde ein Mindestlohn von 30 M. pro Stunde bei elfstündiger Arbeitszeit vereinbart. Maßregelungen wegen des Streiks dürfen nicht stattfinden. Eine Verarmung der Streikenden nahm die Vereinbarungen an und erklärte den Streik für beendet.

Eine Lohnausbesserung bis zu 10 Proz. sollen die Arbeiter der händischen Gasanstalt in Wülchingen ab 1. April erhalten; zu diesem Zweck wurden 46 700 M. in den Etat eingelegt. Außerdem wird eine kleine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten. Wie notwendig dies ist, erfährt man daraus, daß selbst bei der verkürzten Arbeitszeit die Retortenhaus-Arbeiter erst nach sechs zwölfstündigen Schichten eine 24 stündige Ruhepause haben werden.

### Ausland.

In Wien haben 80 Agenten der Nähmaschinen-Niederlage vorm. Singer u. Co. ihre Stellung aufgegeben, um sich gegen die überaus bedrückenden Dienstverhältnisse zu wehren.

## Versammlungen.

Eine Vollversammlung, einberufen von den Genossen des zweiten Wahlkreises, tagte am Mittwoch bei Gellenbrand, Hohenstraße, in der Reichstags-Abgeordneter Pens über: „Was ist Revolution und wer ist revolutionär?“ referierte. Eine Diskussion über den anderthalbstündigen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt. — An Stelle des aus dem Kreise verzogenen Genossen Koblenger wählte die Versammlung mit großer Majorität den Genossen Jälle als Mitglied der Prekommission. Hierauf besprach der Vertrauensmann P. Scholz die Lokalverhältnisse in Tempelhof und Mariendorf. Er gab bekannt, daß eine Vollversammlung beschlossen hat, in Mariendorf die Lokale von Grahl, Chausseest. 80, und Schwarzer Adler, Chausseest. 26, in Tempelhof die Lokale von Gerth, Dorst. 18, und Biendle, Berlinerstr. 33, zu sperren, alle übrigen Lokale aber für den Verkehr freizugeben. Der Beschluß soll auch von den Berliner Parteigenossen genau beachtet werden, damit die Abhaltung von Versammlungen der Arbeiter in den genannten Orten ermöglicht wird. Nachdem der Genosse Lankau noch auf den Kampf in der Schuhwaren-Industrie hingewiesen und zur moralischen sowie materiellen Unterstützung der Arbeiter aufgefordert hatte, erfolgte der Schluß der gut besuchten Versammlung.

Der Unterfützungsverein der Fensterputzer hielt am 16. März bei Duhle, Gremadiest. 33, seine Mitgliederversammlung ab. Die Versammlung beschloß einstimmig den Ausschuss an die Gewerkschaftskommission und wählte Müller als Delegierten. Weiter wurde beschlossen, mit dem Verein der selbstständigen Fensterputzer zusammen einen Arbeitsnachweis mit gleichen Rechten und Pflichten zu errichten. Sodann erledigte die Versammlung einige interne Angelegenheiten.

Graslichterfelde. Am 15. März fand hier eine zahlreich besuchte öffentliche Protestversammlung gegen die seitens der hiesigen Grundbesitzervereine beabsichtigte Wahlentziehung der Arbeiterklasse statt. Stadtverordneter Hirsch-Charlottenburg unterzog das Verhalten der Lichterfelder Grundbesitzer-Bourgeoisie einer wohlverdienten Kritik. Nachdem die Polizeistunde, die in Lichterfelde stets die polizeiliche Auflösung aller öffentlichen, von sozialdemokratischer Seite einberufenen Versammlungen mit sich bringt, nahe gerückt war, wollte der Vorsitzende Hopp über eine Resolution abstimmen lassen. Dies gab einem antwortenden Gegner, dem Herrn Lehrer und Hausbesitzer Hiegler Veranlassung, zur Geschäftsordnung sich zu melden und den Versammlungsleitern Unkenntnis parlamentarischer Gepflogenheiten vorzuwerfen. Genosse Wenzel befehlte den Herrn, daß leider unter den obwaltenden Umständen nicht anders verfahren werden könne, wenn man den Zweck der Versammlung erreichen wolle, die im anderen Falle vor Annahme einer Resolution aufgelöst werde. Hiegler fragte die überwachenden Polizeibeamten unter Heiterkeit der Versammlung, ob dies wirklich so sei, erhielt aber keine Antwort. Er machte dann der Versammlung die Mitteilung, daß ihm der Verzug nicht gefallen hätte, sprach über die Friedenaussicht Mißtrauen und die Lichterfelder Schulverhältnisse, die nach seiner Kenntnis sehr gut seien. (Rieser Gurre: 60 Kinder in der Klasse!) Nach der Abstimmung über die Resolution gegen die Grundbesitzer-Vereine, die gegen eine Stimme und eine Stimmenthaltung angenommen wurde, entgegnete in treffender Weise Genosse Hirsch, während Genosse Wenzel sich mit dem Grundbesitzer-Vereinen noch besonders beschäftigte. — Inzwischen war die Polizeistunde abgelaufen und es erfolgte prompt die ortsübliche Auflösung der Versammlung.

Böpenick. Hier fand zu Ehren der Märzgefallenen am Montag eine gut besuchte Versammlung in Wlugh Restaurant „Sobowostatt.“ Als Referent fungierte Paul Hirsch-Charlottenburg. Zu Anfang und am Schluß der Versammlung trug der Gesangverein „Morgengot“ einige dem Charakter der Versammlung angepaßte Lieder vor.

## Beendigung des Bruderzwists.

Die Gefahr des Zusammenstoßes zwischen Rußland und England ist vorläufig beseitigt. Am Donnerstag interpellierte im englischen Oberhaus der Abgeordnete Spencer die Regierung über die Lage in Tientsin. Der Staatssekretär des auswärtigen Marquis of Lansdowne erklärte, die russische und die englische Regierung seien übereingekommen, die Zurückziehung ihrer Truppen von dem strittigen Terrain bei Tientsin anzuordnen und alle das Eigentumsrecht betreffenden Fragen der Prüfung durch die beiden Regierungen vorzubehalten. Die Zurückziehung der Truppen solle vom Grafen Waldersee überwacht werden. Diese Zurückziehung der Truppen ist auch bereits geschehen. Die beiderseitigen Kommandanten betrauflichten den Abzug am Freitagmorgen um 5 Uhr, die Bahnarbeiten werden eingestellt, und die Streitfrage soll auf diplomatischem Wege geregelt werden. Somit wäre die Gefahr augenblicklich beseitigt, es fragt sich nur, auf wie lange, jeder Tag kann neue Gerüchte bringen. Ueber die russische „Konzeption“ wird den „Times“ aus Peking geschrieben: Die von den Russen für sich beanspruchte Konzession befindet sich auf einer großen Ebene längs des Flusses und hat eine Länge von 2 1/2 Meilen. Sie wurde nicht von der chinesischen Regierung bewilligt, sondern von Li-Dung-Tschang in seiner Eigenschaft als Vizekönig von Tschi-li. Es erscheint zweifelhaft, ob Li-Dung-Tschang das Recht hatte, eine solche Konzession zu erteilen.

### Frieden überall.

Auch bei den Gesandten, die in Peking noch immer weiter beraten, herrscht „vollkommene Uebereinstimmung“, allerdings „mit Ausnahme zweier Punkte“, nämlich bezüglich der Bewachung der Verbindungslinie zwischen Peking und dem Meere und der Schließung der Festungen. Da dies rein militärische Fragen sind, werden die Generale hierüber einen Beschluß fassen und diesen dann den Gesandten mitteilen.

### Der kaiserliche Hof

wird, so lange die fremden Truppen in Peking bleiben, nicht dahin zurückkehren. Die in Shanghai erscheinenden „North China Daily News“ wollen aus guter Quelle wissen, der kaiserliche Hof habe beschlossen, sich Mitte April nach Sianjang in der Provinz Szechuan zu begeben, wo er bis zum Anmarsch der verbündeten Truppen aus Peking bleiben wolle. Dieser Beschluß müsse, bemerkt das Blatt weiter, als ein Protest gegen die Befestigung der Gesandtschaften angesehen werden. Die Mächte nehmen sich nämlich die Freiheit, mitten in der Stadt Peking Festungen zu bauen, jede einzelne Nation für ihre Gesandtschaft. Die Deutschen haben bereits eine Kaserne fertig gestellt, die etwa 300 Mann faßt. Das geschieht, trotzdem man mit China angeblich gar nicht im Kriege lebt.

### Ein kaiserlicher Erlass.

Der „Alldeutschen Zeitung“ wird aus Peking vom 21. März gemeldet: Ein gelber kaiserlicher Erlass, wie er im Artikel 10 der Friedensbedingungen vorgelesen ist (Strafandrohung für fremdenfeindliche Gesellschaften), wurde an allen Mauern der Stadt angehängen. Volksmassen drängen sich vor den Anschlägen, um sie zu lesen.

### Der russisch-englische Zwischenfall.

Berlin, 22. März. (W. L. V.) Das Oberkommando meldet aus Peking: Der englisch-russische Streitfall zu Tientsin ist heute in gemeinsamer Besprechung mit General Wogal und General Warrow vom militärischen Standpunkt in einer beide Teile befriedigenden Weise beigelegt worden. Beide Mächte und Kosten werden eingezogen unter gegenseitigem Salutarium; Engländer erklären, daß Verletzung russischer Flaggen nicht beabsichtigt gewesen und daß angebliche Entfernungen russischer Grenzzeichen weder auf Befehl noch mit Wissen der Militärbehörde geschehen ist. Arbeit auf fraglichem Gelände wird nicht fortgesetzt, bis die Regierungen sich über den Besitz geeinigt haben oder besondere Verständigung darüber erreicht ist.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

### Oesterreichisches Abgeordnetenhause.

Wien, 22. März. (W. L. V.) Abgeordnetenhause. (Fortsetzung.) Vor Eintritt in die Tagesordnung verhandelte das Haus die Angelegenheit der Disziplinarbehandlung des sozialistischen Abg. Seis als städtisches Polizeikommissar seitens des Wiener Bezirks-Schulrats. Nach lebhafter Debatte, bei der es zu heftigen Streitigkeiten zwischen Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen kam, wurde ein Antrag Warkner angenommen, der Verfassungsausschuss solle binnen 8 Tagen über die Angelegenheit berichten.

### Französische Deputiertenkammer.

Paris, 22. März. (W. L. V.) Deputiertenkammer. Das Haus setzt die Besprechung der Interpellation Castelin über den wucherischen Aufkauf von Zucker fort. Rouanet, der am vorigen Freitag seine Rede abbrach, wendet sich in scharfer Weise gegen die Art und Weise, wie durch allerlei Manöver die Preise von Lebensmitteln und Waren in die Höhe getrieben würden. Lafitte greift die Thätigkeit der Warenbörsen an und verlangt eine neue Organisation derselben. Pelletan äußert sich in gleicher Weise. Javalot revidiert nochmals seine Zuckergeschäfte, die von ihm vorgenommenen Aufkäufe seien lediglich Deckungskaufe gewesen. Justizminister Moreis verpricht, daß die Regierung, soweit die Befehle es erlauben, Maßnahmen gegen die getriggten Vorkriegsgeschäfte ergreifen werde.

### Zum Ausstand in Marseille.

Marseille, 22. März. (W. L. V.) Der gemeldete Zusammenstoß zwischen Ausständigen und Gendarmen war durch das Einschreiten der letzteren gegen die Ausständigen verursacht, welche in den Lukenbezirken und im Innern der Stadt den Verkehr der Straßenbahn, soweit er noch aufrecht erhalten wurde, durch Gewaltthätigkeiten unmoöglich zu machen suchten. Das Verfahren wurde den Nachmittags über fortgesetzt. Auf der Rue Cannubiore ging die Gendarmenriege gegen die Menge vor und drängte sie in die kleinen Straßen der alten Stadtteile zurück, wo einiger Schaden an den Kaufhäusern angerichtet wurde. Heute drohen wieder eine Anzahl Gewerkschaften, so die der Tischler, der Schlosser und der Wäcker, sich am Ausstand zu beteiligen. An den Quais herrscht verhältnismäßig Ruhe; es arbeiten dort etwa 1200 Leute.

### Die Agrarbill in der italienischen Kammer.

Rom, 22. März. (W. L. V.) Deputiertenkammer. Zu dem seit mehreren Tagen das Haus beschäftigenden Antrag Vertesi und Genossen, die Regierung aufzufordern, baldigst einen Gezeckentwurf vorzulegen, durch welchen der Zoll auf Getreide und Mehl aufgehoben wird, ergriff heute der Finanzminister Wollemborg das Wort und führte aus, er sei mit einer allmählichen Herabsetzung des Getreidezolls durchaus einverstanden, jedoch würde eine solche, wenn sie gegenwärtig vorgenommen würde, den künftigen Abschluß von Handelsverträgen erschweren. Den Antrag Vertesi müsse er ablehnen. (Weisfall.) Der Antrag Vertesi wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 299 gegen 78 Stimmen abgelehnt.

Die Kammer lehnte darauf, gleichfalls in namentlicher Abstimmung mit 240 gegen 96 Stimmen den von der Regierung beantragten Antrag Albertoni auf schleunige Erbringung einer Vorlage betreffend Herabsetzung des Getreidezolls auf 5 Lire pro Doppelcentner ab. Sodann wurde die Sitzung aufgehoben.

Peterburg, 22. März. (W. L. V.) Die Gerüchte, daß Rußland und Japan ihre in den ostasiatischen Gewässern befindlichen Kriegsschiffe mobilisieren, werden für unbegründet erklärt.

Die Berliner Gewerkschaftskommission

Ist am Donnerstag eine Delegiertenversammlung ab. Als erster Punkt stand die Aussperrung der Schuhmacher auf der Tagesordnung. Herrmann gab eine Darstellung der bekannten Vorgänge, welche den Fabrikanten Anlaß zur Aussperrung gaben. Einmütig, wie noch bei keiner vorhergegangenen Bewegung verteidigten die Kollegen, selbst die Nichtorganisierten, die Unterzeichnung des Meberjes, welcher die Arbeiter verpflichten soll, der Organisation den Rücken zu kehren. Es handelt sich um 37 Fabriken, deren Inhaber dem Fabrikantenverband angehören. Nur in 4 Fabriken ist der Meberjes unterschrieben worden. In 2 Fabriken geschah es zum Teil, in allen übrigen wurde die Unterschrift verweigert. Infolgedessen sind 851 Arbeiter ausgesperrt worden. Bei den nicht zum Unternehmerverband gehörenden Fabrikanten sind etwa 700 Arbeiter beschäftigt. Das einmütige Vorgehen der Arbeiter veranlaßte die Fabrikanten, neuerdings Verhandlungen mit der Vertretung der Aussperrten anzuknüpfen, hoffentlich wird der Kampf noch im Laufe dieser Woche beigelegt. Dem Anschein nach haben es die Fabrikanten nicht auf die Verschmierung der Organisation abgesehen, sondern sie wollten nur eine neue Grundlage für die Verhandlungen schaffen. Den Arbeitern ist es nicht um eine Kraftprobe zu tun. Sollten sich aber die Fabrikanten hartnäckiger zeigen, als es augenblicklich den Anschein hat, dann hoffen die Schuhmacher auf Unterstützung durch die Berliner Arbeitererschaft.

Die Versammlung beschloß einstimmig, die Schuhmacher, so weit erforderlich, zu unterstützen.

Gleitsch gab Sirbig einen Bericht über den Streit der Glasarbeiter in den hiesigen Fabriken in Rönburg und Schauenstein. Er betonte, daß es sich in der Hauptsache um einen Kampf für die Anerkennung des Koalitionsrechts der Arbeiter handelt, der seitens aller Beteiligten mit dem größten Opfermut geführt wird. Die Organisation der Glasarbeiter hat schon bedeutende Mittel für diesen Streit aufgebracht. Die Mitglieder einer hiesigen Fabrik zahlen zur Unterstützung desselben wöchentlich 8-4 M., an anderen Orten werden nicht unter 2 M. pro Mitglied entrichtet. Der Kampf kann noch 10 bis 11 Wochen dauern. Er koste jede Woche etwa 10000 M. Die Glasarbeiter erziehen um Unterstützung durch die Gewerkschaftskommission.

Nachdem Körsten namens des Ausschusses die Unterstützung dieses Streiks empfohlen hatte, beschloß die Versammlung einstimmig die Unterstützung.

Kaiser berichtete über die Lohnbewegung der Barbier. Er trug deren Forderungen vor und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es nicht zu einem Streit kommen werde, sondern eine Vereinbarung vor dem Einigungsamt zu Stande kommen werde, und daß man dann diejenigen Geschäfte, welche sich den Vereinbarungen nicht anschließen, boykottieren möchte.

Die Versammlung nahm von diesem Bericht Kenntnis.

Ritter besprach die Lohnbewegung der Schneider. In der Branche der englischen Damenschnitt-Schneider, die im Gegensatz zur französischen meistens männliche Arbeiter beschäftigt, hat sich eine Unternehmer-Vereinigung gebildet, die darauf ausgeht, an Stelle der bisher allgemein üblichen Werkstattarbeit die Heimarbeit einzuführen, wodurch es den Fabrikanten möglich ist, unter dem im vorigen Jahre aufgestellten Tarif arbeiten zu lassen. Die planmäßige Einführung der Heimarbeit soll nach Angabe des Vorsitzenden der Unternehmer-Vereinigung eine Gegenmaßregel gegen den Tarif sein. Die Arbeiter wehren sich gegen die Heimarbeit, weil dieselbe ihre Lage mit der Zeit ebenso herabdrücken würde, wie es in der Konfektionsbranche der Fall ist, sie verlangen deshalb Beibehaltung der bestehenden Vertriebsverhältnisse. Die Forderung wird vielleicht in nächster Woche an die Unternehmer gestellt werden. Der Unternehmerverein giebt die Zahl seiner Mitglieder auf 40 an, es sind aber nach unserer Zählung nur 32, und davon gehören nur 15 oder 16 der englischen Branche an. Diese beschäftigen etwa 200 Arbeiter. Von einer Bewegung in der Herren-Majbranche wird abgesehen, nur in einzelnen Geschäften, namentlich bei der großen Firma Weltmann dürfte es zu einem Vorgehen kommen. Auch dem Warenhaus für deutsche Beamte wird ein Tarif vorgelegt werden.

Die Versammlung nahm von diesem Bericht Kenntnis.

Zu dem gedruckten (im „Vorwärts“ bereits besprochenen) Rechenschaftsbericht für das Jahr 1900 gab Körsten einige Erläuterungen. Seit einem Jahr ist im Bureau der Gewerkschaftskommission neben dem Sekretär ein Hilfsarbeiter beschäftigt. Die Ausgaben für diese beiden bleiben nur um 208 M. hinter den Kosten zurück, die bei fester Aufstellung eines zweiten Beamten verursacht werden. Die Arbeit des Bureau hat sich vermehrt, namentlich die Aufwandsverteilung hat einen großen Umfang angenommen, so daß ein Beamter allein die Arbeit gar nicht bewältigen kann. Deshalb macht sich die Anstellung eines zweiten Beamten notwendig. Die Befolgung desselben wird wohl ohne Erhöhung der Beiträge geleistet werden können.

Rundsch wird über den Rechenschaftsbericht distilliert.

Wasch beantragt namens der Revisoren Decharge bezüglich der Kassenführung, Renewal der Revisoren und abwechselnde Hinzuziehung derselben zu den Sitzungen des Ausschusses. Kunze bezeichnet es als unzulässig, daß der Ausschuss auch an Unorganisierte Rechtschick erteile; daß bei einem nichtorganisierten Polizeiarbeiter geschähe. Körsten bemerkt dazu, es handelte sich nicht um die betreffende Person, sondern um einen Fall von principieller Bedeutung, der im Interesse der Arbeitererschaft entschieden werden mußte. In diesem Falle hatte sich sowohl das Gewerbegericht, wie das Amtsgericht als unzuständig erklärt. Deshalb mußte die Entscheidung des Landgerichts angerufen werden. Rassin wünscht, daß gelehrte Arbeiter, die im Gewerkschaftsbureau Auskunft nachsuchen, zunächst an das Bureau der für ihren Beruf bestehenden Organisation gewiesen werden. Es hieße eine Bränie auf den Indifferenzismus legen, wenn man Unorganisierte in solcher Weise unterstütze. Körsten: Im allgemeinen handelt wir so, wie es Rassin will, aber in allen Fällen läßt es sich nicht machen. Nicht jede Gewerkschaft ist in der Lage, die Auskunft, die von uns verlangt wird, zu erteilen. Die Auskunftsuchenden werden uns oft von den Gewerkschaften, auch von Behörden, zugesichert. Unser Prinzip ist, allen Hilfsbedürftigen zu helfen. Kunze: Auch solche interessanten Fälle, wie der von Körsten angeführte, sollten nur bei Organisierten durchgefochten werden. Körsten vertrat einen ähnlichen Standpunkt.

Damit schließt die Diskussion. Dem Ausschuss wird Decharge erteilt. Der Antrag Wasch: Hinzuziehung der Revisoren zu den Ausschusssitzungen, wird abgelehnt. Als Revisoren werden gewählt: Körster, Brückner und Wasch.

Auf Antrag des Ausschusses, den Wisse begründet, wird die Anstellung eines zweiten Beamten mit einem Anfangsgehalt von 2000 M. beschlossen und Link für dieses Amt ohne Widerspruch bestimmt.

Tokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung

hatte in ihrer gestrigen, außerordentlichen Sitzung über zwei Vorschläge von großer sozialpolitischer Bedeutung zu beschließen. Das Statut über die Gewährung von Ruhegeld und Hinterbliebenen-Versorgung an städtische Arbeiter hat im Ausschuss mehrere Verbesserungen erfahren. Der von unsren Vertretern beantragte Zusatz, daß auch den längerer Dienstzeit ohne ihre Schuld vor Eintritt der Arbeitsunfähigkeit entlassenen Arbeitern eine gewisse Berücksichtigung zu teil werden soll, hatte gleichfalls die Zustimmung des Ausschusses gefunden. Um diesen Zusatz entspannt sich gestern

noch einmal eine lebhaftige Debatte, weil eine so weitgehende Fürsorge nicht nach dem Geschmack eines Teils der Freisinnigen war. Herr Rommensen meinte, man müsse doch auch die Privatindustrie Rücksicht nehmen und Herr Wallach malte gar das Gelingen des sozialistischen Zukunftsstaats an die Wand. Genosse Singer gab ihnen zu verstehen, daß es der Würde der Stadtverordneten-Versammlung nicht entspreche, wenn dieser Paragraph nun doch noch zu Fall gebracht würde. Das Statut wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen. — Der Ausschuss zur Vorbereitung des die Wohnungsnot betreffenden Antrags Singer ist vorläufig zu dem Ergebnis gelangt, zur Beseitigung des Wohnungsmangels die Unterstützung gemeinnütziger Baugenossenschaften um, durch die Stadt zu empfehlen. Von unsren Kollegen wurde in der gestrigen Plenarberatung der im Ausschuss abgelehnte Antrag, daß die Stadt eigne Häuser auf eigenem Grund und Boden errichten soll, von neuem eingebracht. Genosse Heimann, der den Antrag begründete, wies mit eindringlichen Worten darauf hin, daß die Gemeinde als eine soziale Gemeinschaft, die sie ist oder sein soll, die Pflicht hat, in der geforderten Weise auf die Besserung der Wohnungsverhältnisse einzuwirken. Die Vertreter des Freisinn erklärten die Forderung für sozialistisch und daher unannehmbar. Nachdem der Antrag gegen die Stimmen unsrer Genossen und vereingelter Freisinniger abgelehnt war, wird der Ausschussantrag angenommen.

Der unsren Genossen Jacoby gewidmete Denkstein ist an seinem Geburtstag zur Aufstellung gelangt. Am Sonntagvormittag 11 Uhr finden sich Freunde und Genossen auf dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde zur Besichtigung ein.

Die Socialdemokratie ist dank der wachsenden Einsicht der aus dem Osten zugewanderten Arbeiterschaften nicht allein dem hiesigen Centrum an sich außerordentlich un bequem geworden, sondern hat auch den um die Interessen Roms sonst so klag besorgten Kaplanen offenbar alle Ueberlegung geraubt. Anders ist nicht gut ein Leitartikel der „Mittelsächsischen Volkszeitung“ verständlich, worin ein Segner darüber erhoben wird, daß die Arbeitervertreter im Ausschuss der Landes-Versicherungsanstalt Berlin es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren konnten, daß für die durchaus dem leiblichen Wohl dienende Heilstätte in Beelitz aus öffentlichen Mitteln 50 000 M. zum Bau einer Kirche bewilligt würden. In dieser Abstimmung liegt nach dem katholischen Blatt

wieder ein schlagender Beweis dafür vor, wie die Socialdemokratie den auf die Lösung Unwissen der berechneten heuchlerischen Satz „Religion ist Privatsache“ in Wirklichkeit versteht und praktisch behält.

Wenn wir, was an sich irgendwo sonst behauptet worden ist, einmal dem katholischen Blatt zu Gefallen gelten lassen wollen, daß die Rücksicht auf das socialdemokratische Programm die Arbeitervertreter bezogen hat, so zu stimmen wie gesehen, dann wäre in der Lokalzeitung dem Satz, daß Religion Privatsache sein soll, Rechnung getragen. Die Socialdemokratie vertritt gemäß diesem Programm die Verwendung öffentlicher Gelder für die einseitige Förderung religiöser Zwecke; sie hindert aber im strengen Gegensatz zu den heutigen Ordnungsgesetzen niemanden, weder Einzelpersonen noch Gesellschaften, gemäß den ihnen gut scheinenden philosophischen und religiösen Ansichten zu leben und auch für die Förderung dieser Ansichten Gelder zu opfern. So wäre von unserm Standpunkt aus nicht das geringste dagegen einzutreten gewesen, wenn z. B. eine religiöse Gemeinschaft in nächster Nachbarschaft der Heilanstalt Beelitz auf ihre Kosten ein Haus zu kirchlichen Zwecken errichtet hätte.

Es ist somit eine nichtsnutzige Inzornie, wenn das Centrumblatt behauptet, daß einer unsrer Programmisse auf Täuschung Unwissender berechnet sei. Selbst wenn die Socialdemokratie einmal den bösen Willen haben sollte, es mit solchen verwerflichen Grundrissen zu versuchen, würde sie gar bald das Spiel verlassen müssen in der Erkenntnis, daß sie darin der auf altherwürdiger Praxis beruhenden Prinzipien des Centrums niemals nachkommen wird.

Von dem früher so gut bewährten Intellekt der katholischen Presse wollen wir aber trotz aller äblen Erfahrungen der letzten Zeit das Beste hoffen. Die Erkenntnis sollte auch im schwarzen Lager allmählich kommen, daß nun einmal wider die Socialdemokratie kein Kraut gewachsen und im Kampfe mit ihr die ultima ratio der Lüge das allerunwirksamste Geschäft ist!

Zur Bürgermeistereiwahl wird folgendes gemeldet: Der bevorstehenden Bürgermeistereiwahl bringt die Regierung ein ganz außerordentliches Interesse entgegen. Der Oberpräsident von Brandenburg Herr v. Bethmann-Hollweg hat folgende Verfügung an den Magistrat der Stadt Berlin erlassen:

Dem Beschlusse der Gemeindebehörde von Berlin, das Gehalt für die Stelle des zweiten Bürgermeisters auf jährlich 18 000 Mark festzusetzen, erteile ich die nach § 64. Absatz 3 der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 zc. erforderliche Genehmigung. Dem Bericht, in welchem auch die Bestätigung der von der Stadtverordneten-Versammlung zu vollziehenden Wahl angetragen werden wird, erlaube ich, eine deglaubliche Abschrift der Wahlverhandlung unter Angabe der Teilnehmer am Wahlakt und einen allenmählichen Nachweis beizufügen, daß bei der Zusammenberufung der Stadtverordneten-Versammlung zu dem Wahlakt den Vorschriften des § 40 ff. genügt ist.

Es ist das erste Mal, daß ein Oberpräsident die Angaben der Namen der Teilnehmer an der Wahl eines Bürgermeisters fordert, wiewohl Herr v. Bethmann-Hollweg gleichfalls das Recht zu dieser Forderung hat. In Stadtverordnetenkreisen ist man aber der Ansicht, daß die Herr Oberpräsident aus der einzuliefernden Liste der an der Wahl teilnehmenden Stadtverordneten auf ihre politische Richtung hin kennen lernt und leicht daraus ersehen kann, welche der Herren für den den Konservativen nahestehenden Kandidaten resp. für den freisinnigen Bewerber gestimmt haben.

Diese Unterscheidung hat der Oberpräsident auch schon früher machen können. Vielleicht nehmen die Herren Liberalen im Rathaus sich aber doch den Fall zu Herzen und stimmen so, daß sie oben auf alle Fälle sieh sind bleiben. Man kann z. B. nie wissen, wie weit die Definition der Vergünstigung der Socialdemokratie, die der Minister im Abgeordnetenhaus als staatswissenschaftlichen Leitgrundlag aufstellte, in Regierungskreisen noch einmal ausgedehnt wird.

Stadtschreiber wollen die jetzigen städtischen Bureau-Hilfsarbeiter hinfert genannt sein. Der Ortsverein der Gemeindebeamten bittet in einer Eingabe an die Stadtverordneten-Versammlung um Neuregelung der Gehaltsfrage. sowie um Beseitigung der bisherigen Bezeichnung „Bureau-Hilfsarbeiter“, die dem Verhältnis der jetzt lebenslanglich angestellten Beamten nicht mehr entspreche, da „Hilfsarbeiter“ meist nur zu vorübergehenden Dienstleistungen verwandt würden. Der Titel „Stadtschreiber“ würde zutreffender sein. Bezüglich der Gehaltsfrage bemängelt die Eingabe besonders das auf 1200 M. angelegte Anfangsgehalt und bezeichnet es als Härte, daß den Unterbeamten ein weit höheres Anfangsgehalt gewährt werde.

Der Magistrat hat beschlossen, dem Verein zur Hebung der Kaninchenzucht für die vom 5.-9. nächsten Monats hier stattfindende Ausstellung von Kaninchen einen Ehrenpreis von 500 M. zu bewilligen, mit Rücksicht darauf, daß der Verein bestrebt ist, das Kaninchenfleisch wie in Belgien und Frankreich, wo jährlich Millionen von Kaninchen geschlachtet werden, auch in Deutschland zur allgemeinen Volksernährung zu machen. Mit der Ausstellung, zu der schon zahlreiche Anmeldungen vorliegen, soll ein Kaninchenfleisch-Essen verbunden werden.

Zum Direktor des Friedrichs-Realgymnasiums wurde in der gestrigen Magistratsitzung der bisher am Andreas-Gymnasium thätige Professor Dr. Schleich gewählt. Die Anstalt wurde bisher von dem nunmehrigen Stadtschulrat Professor Dr. Verjenberg geleitet.

Wie intensiv die Berliner Polizei sogar um den sittlichen Schand der Berliner Lingeltangel-Besucher bemüht ist, lehrt folgende Meldung: Die neuerdings eingeführte polizeiliche Ueberwachung von Lingeltangeln ist nunmehr auch auf alle diejenigen Spezialitäten-Theater-Etablissements ausgedehnt worden, in welchen Reklamen in der Ueberwachung der Lokale werden stets zwei uniformierte Beamte betraut, die darauf zu achten haben, ob auf der Bühne nur von der Censur freigegebene Sachen vorgezogen werden und gleichzeitig darauf Obacht geben müssen, daß zwischen Publikum und Reklamen keine Ungehörigkeiten vorkommen. Die Ueberwachung wird nach Beendigung der Vorstellung stets aufgehoben.

Die Hamburger Dampfer müssen die Spree verlassen. Auf Veranlassung des hiesigen Polizeipräsidiums müssen die sämtlichen Fahr- und Schleppdampfer, die in den letzten Jahren von Hamburger Reedereien nach Berlin für den Verkehr auf der Spree verkauft worden sind und vorzugsweise hier zum Schleppen von Fahrzeugen verwandt wurden, am 1. April d. J. den Verkehr einstellen und die Spree verlassen. Die Ursache dieses Vorgehens soll darauf zurückzuführen sein, daß die ehemaligen Hamburger Dampfer für die Spree einen zu großen Tiefgang haben, wodurch Verkehrsstörungen und Beschädigungen der Uferböschungen sowie auch sonstige Unfälle herbeigeführt worden sind.

Durch Ueberfahren getötet. Ein weiteres Menschenleben hat gestern nachmittags wieder der Straßenverkehr gefordert. Der zwölfjährige Sohn Otto und die 4 1/2 Jahre alte Tochter Vertha des Tischlers Arh aus der Lehberstr. 27 zu Neu-Weichen kamen gestern nachmittags zwischen 8 und 4 Uhr nach Berlin, um eine Tante zu besuchen. Vor dem Ordmandhaus in der Reuen Königsstraße verließen sie den Straßenbahn-Wagen. Als sie über den Fahrdamm gehen wollten, fuhr ein mit eisernen Rädern besetzter einpänniger Geschäftswagen aus der Stralauer Allee den Knaben um. Dieser rief auch sein Schwesterchen zu Boden, und zwar so unglücklich, daß sie unter den Räder geriet, während er selbst neben ihm liegen blieb. Die Räder gingen dem Mädchen über Kopf und Brust und verletzten es so schwer, daß es auf der Unfallstation X gleich nach der Aufnahme starb.

Die Kirchensteuer in Berlin. Unter Zugrundelegung des Staatseinkommensteuergesetzes ist die Kirchensteuer bei 1 1/2 Proz. auf 2 285 902 M. berechnet, welche Berechnung mit Rücksicht darauf, daß seit 3 Jahren die errechnete Soll-Einnahme nicht erreicht ist und weil ein Rückgang der Erwerbsoverhältnisse obwaltend, auf 2 200 000 M. abgerundet ist. Die gegenwärtig tagende Synode beschloß, daß die Kirchensteuer von Einkommen bis einschließlich 1500 M. außer Hebung bleiben soll. Anders würde sie einen massenhaften Ausritt aus der Landeskirche zu erwarten haben.

Ein aufgefundenes Kind. Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 10. d. M. wurde im Hause des Hauses Ederstr. 1 in einer Zimmerecke ein neugeborenes Kind weiblichen Geschlechts, in ein weißes, rot gefärbtes Mädchenhandtuch und einen grauen und einen grünen Lappen, von einem Frauweib herabgefallen, gewidelt, aufgefunden und nach dem Waisenhause, Alte Jakobstr. 33, geschafft. Mitteilungen über Angehörige zc. werden bei der Kriminalpolizei, im Polizeipräsidium am Alexanderplatz, 321, II, in den Dienststunden von 9-2 Uhr entgegengenommen.

Verhaftung eines Wandelters. Unter dem dringenden Verdacht, seit Jahr und Tag verschiedenen großen Berliner Einbrecherbanden als gewerksmäßiger Helfer Dienste geleistet zu haben, ist heute früh der Hausbesitzer und Inhaber einer Pfandleihe in der Brunnenstraße 4, Karlus Scheyer, verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis abgeführt worden. Der Verdacht, der ein Hausgrundstück in der Lindenstraße besitzt, betreibt das Pfandleihgeschäft schon seit 15 Jahren in großem Umfang. Als vor einiger Zeit eine Einbrecherbande von der Polizei ausgehoben wurde, machte ein Mitglied der Bande, wahrscheinlich aus Rache, die Polizei aufmerksam, daß Scheyer einer großen Einbrecherbande Helferdienste leiste, indem er in voller Kenntnis von der Herkunft der gestohlenen Sachen dieselben den Dieben ohne jegliche Legitimation abgab und zwar zu den denkbar niedrigsten Preisen. Die Kriminalpolizei beobachtete alsdann das Treiben im Pfandhause und fand die Angaben jenes Einbrechers vollst. bestätigt. Verschiedene der beschlagnahmten Gegenstände können von Verhafteten im Polizeipräsidium, im Zimmer 197, rekonstruiert werden.

Ueber einen neuen Schwindel mit Antellscheinen wird berichtet: In letzter Zeit sind wiederholt Schwindler hier aufgetreten, welche angeblich im Auftrage der Firma A. Steinberg u. Co. in Hamburg Antellscheine auf Serienlose bei hiesigen Gewerbetreibenden verkauft haben. Die Antellscheine wurden per Post zugelandt und die Beträge einige Tage später von den Empfängern durch den avisierten Vertreter der Firma eingezogen. Die Firma A. Steinberg u. Co. existiert nicht in Hamburg. Die Namen und Adressen, welche die Schwindelagenten sich beilegen, sind fingiert. Die Antellscheine erweisen sich als wertloses Papier.

Das Publikum wird vor dem Ankauf solcher Scheine dringendst gewarnt und gebeten, bei Eingang der Angebote der Kriminalpolizei zu den Akten 1471 IV 35. OI ungesäumt Anzeige zu erstatten, gegebenenfalls auch die Festnahme der Schwindler zu bewirken.

Für Vereinsdialekt österreichischen Gepräges läuft die Frist zur Einlösung mit dem Ende dieses Monats ab. Vereinsdialekt und Doppelvereinsdialekt, die in Oesterreich bis zum Schlusse des Jahres 1897 geprägt sind, werden nur noch bis zum 31. März bei den Reichs- und Landesbanken in Zahlung oder zur Umwechslung angenommen.

Fortschritte im Telephonwesen. Ueber Koh- und Fern-Mikrophone der Reichspost und andre aktuelle Neuerungen im Fernsprechwesen sprach im Hörsaal der „Leptow-Sternwarte“ vor einem zahlreich erschienenen Publikum Direktor Archenhold. Wohl jeder, der ein Telephon benutzt, hat sich schon einmal über mangelhafte Verständigung zu beklagen gehabt. Der Grund liegt meist in den Mikrophonen, die jedwedes den empfindlichsten, zartesten Teil des ganzen Apparat-Systems darstellen. Richtig werden nur solche Verleger zur größten Seltenheit gehören, wenn erst die Apparate älterer Bauart gegen die neuen Koh- und Fern-Mikrophone von Wlg. u. Genest ausgewechselt sein werden. Der Vortragende schilderte die neuesten Bestrebungen auf diesem Gebiet im Zusammenhang mit der historischen Entwicklung der Mikrophone im Deutschen Reich und führte die sämtlichen Typen im Original wie im Projektionsbildern vor; er zeigte auch die überaus günstige Lautwirkung der neuen Mikrophone, die ohne irgendwelche besondere Verstärkungsmittel im ganzen Saale voll vernnehmbar waren. Besonders wichtig für die Praxis erscheint es, daß in diesen Apparaten die eigentliche Sprechlampe, der Mechanismus, mit dem man die gewaltigen Entfernungen Berlin-Paris und noch mehr überwindet, eine kleine Dose von Linsengröße ist, die auf das leichteste ausgewechselt werden kann. Im ganzen Saal waren lautsprechende Telephone verteilt, die zu gleicher Zeit und einzeln schnell nach einander in Thätigkeit gesetzt wurden. Die Verständigung war überragend gut. Herr Archenhold führte dann weiter aus: Damit nun die Jahresgebühr niedriger sein kann, hat die Reichspostverwaltung gestattet, bis zu fünf Telephonen (Postnetze) an eine Leitung anzuschließen. Durch das neue vollautomatische „Schaltungs-System West“ wird dies Entgegenkommen der Reichspost erst wahrhaft fruchtbar für das Publikum und man darf hoffen, daß künstig zum Zubehör



# Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonntag, den 24. März 1901, vormittags 10 Uhr:

## General-Versammlung

in der Brauerei, Friedrichshain, Am Friedrichshain 22-29.

Tages-Ordnung:

1. Wahl von 35 Delegierten zum Verbandstag in Nürnberg.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! Die Vertrauensleute sind verpflichtet, den Mitgliedern die Mitgliedsbücher auszuhandigen.

Die Wahlhandlung beginnt Punkt 10<sup>1/2</sup> Uhr; nach Eintritt in die Wahlhandlung wird niemand mehr in den Saal eingelassen. Pünktliches Erscheinen ist daher notwendig.

Jeder Kollege hat darauf zu achten, daß ihm am Saaleingang eine Eintrittskarte ausgehändigt wird; spätere Reklamationen bleiben unberücksichtigt.

Montag, den 25. März 1901, abends 7 Uhr,

## Versammlung der Former und Berufsgenossen

im „Gewerkschaftshaus“ (Saal V), Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Die wirtschaftliche Krise und ihre Folgen für die Arbeiter. (Referent: Mitglied der Versammlung bekannt gegeben.) 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Wir ersuchen die Kollegen, pünktlich um 7 Uhr zu erscheinen.

Dienstag, den 26. März, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr,

im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“, Engel-Ufer 15:

## Versammlung der Klempner.

Tages-Ordnung:

1. Die gegenwärtige Krise in der Metallindustrie und die nächsten Aufgaben der Organisation. Referent: Otto Raether. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Dienstag, den 26. März, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr,

in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 20:

## Versammlung

der Mechaniker, Uhrmacher und Optiker.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Hermann Stenz über: „Die Wirtsch. Krise, eine bisher folgenschwere, hochwichtige Zeitfrage“. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Branchenvorstandes. 4. Verbandsangelegenheiten.

Dienstag, den 26. März 1901, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:

## Versammlung

aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Arbeiter

und Arbeiterinnen

im Lokale von Rimmann, Brunnenstr. 188.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Rosenow: Die Lohnarbeiter im Mittelalter und im Zeitalter der Reformation. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Dienstag, den 26. März, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr,

im „Dresdener Garten“, Dresdenerstraße 45:

## Versammlung

der Gold- und Silberarbeiter und Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Wollheim über: Aus der Chemie der Ernährung. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Dienstag, den 26. März 1901, abends 8 Uhr,

in Louis Kellers Festsälen, Koppenstraße Nr. 29:

## Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: Die Aussperrung bei der Firma Stein.

Referent: Kollege Wiesenthal.

Mittwoch, den 27. März, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr,

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

## Versammlung

der Drucker, Gürtler, Metallknopf-Arbeiter

und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Max Schütte über: Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Branchenvorstände und der Agitationskommission. 4. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist notwendig.

113/5

Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Vergolder. Achtung!

Verband aller im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter

und Arbeiterinnen Deutschlands. Filiale Berlin.

Montag, den 25. März, abends präcise 8 Uhr, im gr. Saale

der Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

## Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Antrag des Filialvorstandes: Wahl eines zweiten Kassiers. 2. Die Wahlregelung bei der Firma August Beckmeier und Stellungnahme dazu. 3. Verschiedenes.

Der Vorsitzende der Fabrikanten-Bereinigung und Herr August Beckmeier sind zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen.

Zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

225/4

Der Vorstand.

NB. Am 7. April (1. Osterfesttag), mittags 12 Uhr, findet in der

„Alhambra“, Wallnerstraße 20, ein Experiment-Vortrag über: Die

neuen Wunder der Elektrizität statt und sind Einladungen zu 20 Pf.

bei allen Vorstandsmitgliedern, Werkstättenwartensleuten, sowie beim

Reklamateur Werfowitz, Wallnerstraße 20, neben der „Alhambra“, zu haben.

D. O.

Verband der Möbelpolierer.

Donnerstag, den 28. März 1901, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr,

Admiralstr. 18c:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Hrn. Ida Altmann über: Jugenderziehung und

Selbstziehung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Ausgabe der Urliste

über 60 Pf. zu der am 9. April, nachmittags 1 Uhr, stattfindenden

Sonder-Versammlung.

Die Kollegen, welche noch mit Madklub-Billets abzurechnen

haben, werden ersucht, morgen vormittags 10 Uhr bei Röhre, Postenstr. 11,

zu erscheinen.

Der Vorstand.

## Seiden-Hut-Fabrik

von 9389

Carl Renz,

3. Oranien-Strasse 3.

Grosses Schirmlager. - Reelle Bedienung.

# Stuccateure!

Sonntag, 24. März, mittags 12 Uhr, bei Ebert, Kommandantenstr. 72:

## Oeffentliche Versammlung

sämtlicher Stuccateure Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Der Niedergang der Konjunktur in unserem Beruf und ihre Auswüchse. Referent: Gewerkschafts-

Sekretär Genosse Gustav Link. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zum 1. Mai. 4. Verschiedenes.

Es ist Pflicht sämtlicher Stuccateure, in dieser Versammlung zu erscheinen.

173/10 Die Lohnkommission.

## Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter

und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Berlin.

Sonntag, 24. März, abends 6 Uhr, bei Raabe, Kolbergerstr. 23:

## Oeffentliche Versammlung

für Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Emil

Rosenow über: Junker und Bauer in der preussischen Geschichte.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Um zahlreiches Besuch bitten Der Einberafer.

## Achtung! Kistenmacher! Achtung!

Sonntag, den 24. März cr., abends 6<sup>1/2</sup> Uhr:

## Versammlung mit Frauen

im Lokale des Herrn Stecher, Andreadstr. 21.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.

2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Da dieses in diesem Jahre die letzte Sonntag-Versammlung ist, er-

wartet einen zahlreichen Besuch Der Vorstand.

## Achtung! Etuisarbeiter u. -Arbeiterinnen! Achtung!

Montag, den 25. d. Mtz., abends 8 Uhr:

## Oeffentliche Versammlung der Etuisarbeiter

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Die Differenzen bei der Firma Hoffmann und unsere Stellung

dazu. 2. Der Wert des Arbeitsnachweises für die Arbeiter. Referent:

Kollege Eugen Bräuer. 3. Verschiedenes.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bitten

24/5 Der Einberafer.

## Gr. öffentliche Versammlung

aller im

## Krankenpflegeberuf

beschäftigten Personen

am Montag, den 25. März 1901, abends 9 Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I.

Tages-Ordnung:

1. Die Mißstände in dem Krankenpflegeberuf und wie ist Ab-

hilfe möglich? Referent: Reichstags-Abgeordneter Antrick.

2. Diskussion.

Um recht regen Besuch aller Beteiligten ersucht

300/1 Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

## Vertreter von Feuer- und anderen Ver-

sicherungs-Gesellschaften, welche geneigt sind,

eine Vertretung für die

Einbruch- und Diebstahl-Versicherung,

Kautions- und Garantie-Versicherung

sowie

Versicherung gegen Sturmschäden

bezw. für die eine oder andere dieser Branchen

zu übernehmen, werden gebeten, sich an die

Direktion der Kölnischen Unfall-Versicherungs-

Aktien-Gesellschaft in Köln zu wenden.

## Billige Hosen, Kinder-Anzüge

jeder Art nur Wallisadenstr. 7.

## Kufeke's

BESTE NAHRUNG FÜR

gesunde & darmkranke Kinder

## Kindermehl.

Gelegenheits-Verkauf

## reeller Schuhwaren.

Um unser großes Lager zu verkleinern, geben wir den Käufern in der

Zeit vom

20. März zum 6. April

auf die festen, den Sohlen aufgesetzten Preise einen Rabatt von

10 Prozent,

welcher bei der Bezahlung bar abzuziehen ist. 10732

## Erfurter mechan. Schuhfabrik

Altien-Gesellschaft.

Belle-Alliance-Strasse 102.

2. Geschäft: Schill-Strasse 12.

## Weit billiger als jedes andre Hutgeschäft!

Größtes Sortiment der Branche! 10702

Eleganter weicher Herrenhut . . . . . von 2 Mark an.

steifer . . . . . 2

Coltuber, Frühjahr-Season 1901 . . . . . 8

Chapeaux-Claques . . . . . 8.50

Zu jedem Hut ein vergoldetes Monogramm gratis.

Bei Vorzeigung dieses Ausschnitts vergüte ich 4 Prozent.

Sonntag, den 24. und 31. d. Mtz., bleiben meine Geschäftsräume bis 6 Uhr geöffnet.

Alvin Sussmann, Hut-Engros-Geschäft, 33, Holzmarkt-Strasse 33,

partorre.

Allen Freunden und Bekannten für

die aufrichtige Teilnahme beim Ab-

gehen meiner lieben Frau meinen

herzlichsten Dank! 2326

H. Boxheimer.

Für die zahlreiche Beteiligung, so-

wie für die vielen Kreuzpenden bei

der Beerdigung meines lieben Mannes

Hermann Schröder (siehe oben)

Teilnehmern meinen herzlichsten Dank.

Witwe Schröder

nebst Kindern.

2315

## Kranke Art

speziell

## Frauenleiden

heilen prakt. Naturheilkundige

O. Grundmann-Frau.

## Kurbadeanstalt

Köpnickstr. 72 Brüden.

Sprechst. II-2, 6-8. Sonntags 10-12.

## Achtung! Vereine. Achtung!

Restaurant zum Bodensee in Birkenwerder,

das größte Lokal an der Nordbahn, unmittelbar am Bahnhof und fast

Unterkunft für mehrere tausend Personen. Gastzimmer für kleine Gesell-

schaften. Sehr gute Küche. Wichtige Besuche. Mehrere Säle.

Ausgang von echtem, Weiss- und Lagerbier.

Stallung für 100 Pferde. - Prachtvoller Garten.

Birkenwerder ist mit Bahnnetz in 2 Stunden, mit der Bahn in 40 Min. zu

erreichen. Den geistigen Bedürfnissen, Vereinen, Gesellschaften bestens empfohlen.

Bei großen Korporationen stellt die Eisenbahndirektion, bei vorübergehender

Anmeldung, Sonderzüge ein. 8302

Besitzer A. Ebel.

## „Zenfelssee“

In den

Müggelbergen. „Marienlust“.

Ans.: C. Streichbahn, Besitzer des Kaiserhofes, Köpenick.

Empfehle beide Lokale mit großen Sälen und Gärten, jedes circa

3000 Personen fassend, mit Dampferbrüden, Stallungen für 40 Pferde etc.

## Fr. Donnings Restaurant „Neuer Krug“

Bahnstation Neu Rahnsdorf,

an der Oberspree, zwischen Müggel- und Dameritzsee.

Größeren Vereinen und Gesellschaften halte mein Lokal bestens empfohlen.

Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. 8492

## Hüte! Herrenhüte von 1,50 an

Knabenhüte „0,75“

Größtes Lager in Strohhüten

von den einfachsten bis zu den feinsten Genres.

Schirme zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Mägen, Kravatten. 6342

Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2,

Ecke Staligerstraße.

## J. Brünn

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4.

Wegen Umbau und Erweiterung

der Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner

## Leppiche! Gardinen!

Steppdecken! Portieren!

zu außergewöhnlich billigen Preisen zum

## Ausverkauf!

Einzelne fehlerhafte Exemplare

für die Hälfte des Wertes.

## L. Dürr's

Geflügelmast-Anstalt

in Neumühl a. Stolp i. Pomm.

1121

## Bettfedern

nur large und ohne frische, mittels

Wasschen getrocknet u. gereinigt,

das Hund zu 60 Pfd. 80 Pfd.

1 St. Entenfedern 1.20,

2 St. Entenhalbdauen 1.20,

3 St. Entenhalbdauen 1.20,

4 St. Entenhalbdauen 1.20,

5 St. Entenhalbdauen 1.20,

6 St. Entenhalbdauen 1.20,

7 St. Entenhalbdauen 1.20,

8 St. Entenhalbdauen 1.20,

9 St. Entenhalbdauen 1.20,

10 St. Entenhalbdauen 1.20.

11 St. Entenhalbdauen 1.20,

12 St. Entenhalbdauen 1.20.

13 St. Entenhalbdauen 1.20,

14 St. Entenhalbdauen 1.20.

15 St. Entenhalbdauen 1.20.



# Neu-Eröffnung

Sonnabend, den 23. März



Nachmittag 4 Uhr

## H. Greifenhagen Nachf.

Inh. Franz Trapp und Eduard Morris

Brunnenstrasse 17 • BERLIN N. • Brunnenstrasse 17

Das altrenommierte Geschäft von H. Greifenhagen ist käuflich in unseren Besitz übergegangen. Getreu dem Grundsatz unseres Vorgängers werden wir, da wir aus langjährigen Erfahrungen schöpfen, nur erprobt gute Waren in den Verkauf bringen und auf strengste Reellität achten.

Das Geschäft ist der Neuzeit entsprechend **umgeändert und vergrössert.**

Neu aufgenommen sind die Artikel:

**Fertige Costüme,  
Damen- und Kinder-Confection**

in reichster Auswahl,

**Schuhwaren für  
Herren, Damen und Kinder,  
solldeste Fabrikate,**

**Glas, Porzellan, Emaillewaren  
in vollem Umfange.**

Die grösste Sorgfalt verwenden wir auf unsere

**Kleiderstoff- u. Weisswarenläger,**

die in enormer Auswahl in jeder Preislage und Geschmacksrichtung ausgestellt sind,  
\* \* \* \* \* sowie auf die grosse \* \* \* \* \*

**Putz-Abteilung**

aus unserem eigenen Atelier, welches bis zum elegantesten Genre jeder Anforderung \* \* \* Rechnung tragen wird. \* \* \*

Anlässlich unserer

∴ Geschäfts- ∴

übernahme verab-

folgen wir gratis

nette Gegenstände

Ganz neu eingerichtet  
sind in der II. Etage  
vornehme, helle Räume.

Bis zur V. Etage  
Personen-Aufzug.

In sämtlichen Räumen  
∴ elektrisches Licht. ∴

Theater.

Johann Sebastian Bach. — Am 21. März eines jeden Jahres führt uns eine Gedenkstunde an den Meister, der für eine oberflächliche Betrachtung der hauptsächlichsten Vorgänger unserer eigentlichen Klassiker der Tonkunst und der Hauptvertreter des „strengen Stils“ war, an J. S. Bach, geboren 21. März 1685, gestorben 28. Juli 1750. In diesem Juli des vorigen Jahres feierten wir nicht nur das äußerliche Datum seines 150. Todestags, sondern vernahmen auch die Kunde von einem innerlichen Datum in der Geschichte seines geistigen Weiterlebens. In den 50 Jahren nämlich, die sich zwischen dem 100. und dem 150. Todestag Bachs spannten, hatte die „Bach-Gesellschaft“ das Riesenerbe einer unvergleichlichen und vornehmen Gesamtausgabe seiner Werke durchgeführt. Am Ende dieser Leistung gelangte sie ihr eigenes Dasein beschließen, befriedigt über das hier Erreichte, aber durchaus unbefriedigt über den Stand der Aufgabe, den Meister dem gesamten Volk so zu eigen zu machen, wie es möglich und würdig wäre. Alle die erfolgreichen Bemühungen Mendelssohns, den halbverhüllten Bach wiederzuerwecken — vergleichbar den Verdiensten Lessings um Shakespeare — und aller Eifer der Klavier spielenden Liebhaber, zumal in den letzten drei Jahrzehnten, hatten nicht das erreicht, was gegenüber andern Tonmeistern doch schon grobenteils gelungen war. Vietet ja Bach selbst dem Theoretiker der Kunst noch auf lange hinaus eine kaum zu erschöpfende Quelle dar! Jedenfalls steht das größere Publikum dem Altmeister immer noch wie einem ehrwürdigen Vertreter einer überwundenen historischen Bachkunst gegenüber, den man schon hochachtet, dessen gelehrte Konstruktionen jedoch nicht mehr eine Sache gegenwärtigen Lebens sein könnten.

Da setzte sich denn die Bachgesellschaft in einer „Neuen Bach-Gesellschaft“ fort, die das Werk einer Einführung von Bachs Schöpfungen in das Leben aller Musikfreunde mit allen Kräften und Mitteln durchzuführen will. Sie beschloß, populäre Veröffentlichungen auszugeben, Aufführungen, insbesondere von weniger Bekanntem, zu veranstalten u. dgl. m. Die Anfänge dieser Tätigkeit liegen uns nun in einem reichhaltigen Bach-Feste vor, das in den letzten Tagen zu Berlin gefeiert wurde und wird. Vor allem sind es drei Konzerte, die am 21., 22. und 23. d. M. von großenteils vorzüglichen Berliner Kräften gegeben werden, mit öffentlichen Hauptproben am 20. bis 22. An sie schließt sich eine Bach-Ausstellung im Rathaus an, die bis Ende des Monats dauert. Eine Reihe von erläuterten Schriften u. dgl. ergänzt das Gehörte und Gesehene. Unter

den drei Konzerten reizte uns zur Auswahl das zweite, das von Angehörigen der hiesigen Hochschule für Kunst ausging, sein Zusammensetzen mit einer angelegentlich Opernpremiere vertieft uns an seine Probe. Die aus ihr und aus andren der erwähnten Darbietungen gewonnenen Eindrücke sind etwa folgendermaßen zusammenzufassen.

Es war vorauszu sehen, daß diese Tage auch für die mit Bachs Kunst bereits Vertrauteren den Meister erstens wiederum als einen Künstler zeigen würden, der weit über jener angebotenen Gemeinverfassung steht, und daß sie ihn abermals von neuen Seiten zeigen würden. Dürfen wir aus unsren eignen Eindrücken allgemeine Schlüsse ziehen, so besteht das Neue, das hier zuerst oder wenigstens nun erst recht so zum Bewußtsein kam, in der ganz einzigen Künstlerkraft Bachs, mit der er den gesamten Inhalt seiner Zeit in Tönen widerspiegelte und dem damaligen Leben sowohl des Volkes als auch seiner Väter einen Ausdruck gab, wie ihn kaum jemals sonst ein Künstler und sicherlich kein Komponist zu stande brachte. War Haendel der musikalische Deuter der Interessen leitender Kreise und herrschender Anschauungen; gab er Händel und Mozart dem bürgerlichen Wohlgefühl jener Zeit eine Gestaltung, in der die künstlerische Schönheit für sich allein zu walten schien; sprach Beethoven seine einzigartige Individualität und die Romantik die Frucht in eine phantastische Welt tönend aus; so war Bach der Mann, der die Leiden und Freuden aller Schichten des Volkes und aller Schichten des damaligen seelischen Lebens aufsuchte und aus den Herzen zu den Herzen klingen ließ. Er gab dem Volk, was des Volkes war. Er gab ihm, dem sich selbst nicht eignen, den einzigen Trost jener in Kunst und Wissenschaft, in Wirtschaft und Leben: die Überwindung der Lebensangst und der Todesfurcht; er gab uns heutigen ein Wiedererleben jener Epoche in einer Anschaulichkeit, wie sie keine Mantel- und auch keine Lampenlichte Geschichte darstellen so lebhaft erreichen kann. Er führte den ohne Rang und Macht dahinlebenden Menschen jener Zeit, dem so aller Zusammenhang mit der großen Welt versagt war, durch die ihm im nabelebenden halb natürlichen und halb kulturellen Welt: durch das Jahr der wandelnden Sonne, das für ihn in erster Reihe als das Kirchenjahr existierte. In dessen gleichbleibend vorgeschriebenen Aulen formte sich das hauptsächlichste Seelenleben des Volkes von damals, und allem Festen des Weihnachtsfestes, allem Träumen und Hoffen des Osterfestes, all den kleinen und großen Gefühlen dieses und jenes Sonntags, dieses und jenes zum Kirchenlied gewordenen Volksliedes gab Johann Sebastian in Cantaten und

Motetten, Messen und Orgelspielen usw. eine Ausprägung, die mit der virtuossten Beherrschung der Kunstformen jener Zeit das feinst- und feinsten Eingehen auf das menschliche Innere und eine packende Vollständigkeit verband, wie wir sie heute schlechterdings bei keiner Kunst mehr kennen.

Solche Gedanken sind es, die uns begleiten, wenn wir beispielsweise eine interessante Zugabe zum Fest, die Broschüre „Bachs Textbehandlung“ von Arnold Schering durchlesen und speziell ihren originellen Hinweis auf Bachs charakteristische Verwendung der vier menschlichen Stimmlagen beachten. Solche Gedanken sind es auch, die uns durch jene Ausstellung geleiten. Zwar ist es eine nicht eben getreue Wiederholung von dem vollständigen Geiste des Meisters, daß die Ausstellung nur eben zu den Stunden sich öffnet, in denen fast jeder arbeitende Mensch sich am allerwenigsten eine Zeit für historische Betrachtungen abringen kann, und daß sie auch sonst nicht ohne einige Vorkereien zu besuchen ist. Allein Professor O. Fleischer hat hier, gar nicht zu gedenken der knappen Vorbereitungszeit, eine Leistung gegeben, die für weitere Hoffnungen Vorbildlich sein kann. Wie gut lernen wir hier vor den mannigfach abgestuften Instrumenten jener Zeit wieder den Sinn des Wortes „Entwicklung“ verstehen; wie nahe tritt uns die Bedeutung des die künstlerischen Hilfsmittel darbietenden Gewerbes, mit dem der stets vorwärts drängende Meister in so enger schaffender Fühlung stand!

Neuen wir aber zurück zu den Nachklängen des Konzerts, in welchen auch dem Können der ausübenden Künstler von heute alle Ehre gemacht werden sollte, so haben diese zwar unser Bravo wohl verdient; trotzdem scheint es, als hätte einen Sänger von damals eine Bachsche Arie mit ihren langathmigen Figuren doch weniger angefreut, als sie es dem Herrn Professor Reschert hat, der ein ums andre Mal nach Luft ringen mußte. Die gleichsam demokratische Ausgeglichenheit seiner, mit der die damalige Kompositionen- und wohl auch Spielweise die Eigenarten aller Instrumente verwendete, ist heute ebenfalls vorbei. Virtuosen mögen wir im Durchschnitt geworden sein. Verloren aber scheint zu sein die gleichmäßige Art, mit der Bach alle ihm zu Gebote stehenden Mittel, Gefangensoliken und Chor, Instrumental- und Orchester, Fugentum und Artenform und Sonatengestalt und sonst alle damaligen Weisen dem einen Zweck widmete: ein vollkommenes Bild zu geben von der Natur und Kultur seiner Mitwelt, von ihren Höhen und Tiefen, von ihrem Innern und Kernern, von ihrem Frieden und Unfrieden und ihrem dunklen Fühlen nach vorwärts. — sz.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 23. März. Opernhaus. Kannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Macbeth. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Opern-Theater (Kroll). Die Schöne. Anfang 8 Uhr. Schiller. Ein Schritt vom Wege. Anfang 8 Uhr. Deutsches. Morgen. Hieran: Dieberhahn. Anfang 7 1/2 Uhr. Fassung. Nora. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Ueber unsre Kraft. (1. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr. Meisters. Terentia. Hieran: Die Kommissar-Gemächer. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Der Ausflug ins Städtchen. Anfang 7 1/2 Uhr. Wehen. Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr. Secessionsbühne. Bunter Theater: Heberbrecht. Anf. 7 1/2 Uhr. Thalia. Der Rabatten-Vater. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. San Toy. Anfang 7 1/2 Uhr. Vulkan. Der Beschwender. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Damenschneider. Anfang 7 1/2 Uhr. Carl Weisk. Einer von unsre Deut. Anfang 8 Uhr. Nachm. 4 Uhr: Kindervorstellung: Dornröschen. Belle. Alliance. Der Leibknecht. Anfang 8 Uhr. Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Man lebt ja nur einmal. Anfang 7 1/2 Uhr. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Secessions-Gesänge. Anfang 8 Uhr. Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die beiden Wenzel. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Passage-Theater. Damen-Ring-Kämpfe. Holentendtag. Anfang nachm. 3 Uhr. Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Urania. Taubenstr. 48/49. (Zum Theaterhaus) Abends 8 Uhr: Unser Rhein von der Quelle bis zur Mündung. Unserer Rhein von der Quelle bis zur Mündung. Tägl. Sternwarte.

Carl Weiss-Theater. Or. Frankfurtstr. 132. Beweis für den Regisseur Jos. Dill: Einer von unsre Deut! Pöffe mit Gefang in 3 Akten (6 Bildern) von D. Berg. Bearbeitet von D. Kallisch. Musik von Stolz und Conrad. In Szene gesetzt von J. Dill. Dirigent Kapellmeister Schäfer. Anfang 8 Uhr. Heute nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung, keine Preise: Dornröschen. Märchenstück mit Gefang v. B. Range. Morgen Sonntag: Opern-Gespielt. Zum letztenmal: Undine. Nachmittags 3 Uhr: Die Bluthochzeit. Montag: Einer von unsre Deut!

Theater.

Central-Theater. Mit glänzender Ausstattung: San Toy. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen u. folgenden Tage: San Toy. Sonntag nachmittags 3 Uhr, zu halben Preisen: Die Geisha. Abends 7 1/2 Uhr: San Toy.

Passage-Panoptikum

Neu! Neu! Yvette Guilbert in Lebensgröße. Neu! Neu! Singhalesen-Truppe. Entree (inkl. Theater soweit der Raum reicht) 50 Pf.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22. Das pompöse März-Programm! Ab 18. u. nach bedienend verändert! The 4 Sisters Burleighs, das amerik. Graziolen-Quartett. Brothers Lington, Ecentric-Akrobaten. Mac Kean, neu für Europa! 8 1/2 Uhr. Neu! 8 1/2 Uhr. Die beiden Wenzel. Schwank in 1 Akt von E. Felsch. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Mittwoch, den 27. März: Benefiz für Robert Dill. Der Walzerkönig. Große Pöffe in drei Akten.

Deutsche Konzerthallen

An der Spandauer Brücke 3. Täglich: Internationale Künstler-Konzerte. 4 ausländische Kapellen. Bock-Apistich. Täglich große Spezialitäten-Vorstellung.

W. Noacks Theater.

Wegen Privatfeiligkeit keine Vorstellung. Sonntag: Mein Leopold.

URANIA \* \* \* Taubenstr. 48/49. Im Theater Sonnabendabend 8 Uhr: Unser Rhein von der Quelle bis zur Mündung. Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

Passage-Theater. Anfang Sonntags 12 Uhr, Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr. Fortsetzung der Damen-Ring-Kämpfe. Auftr. d. Ringkämpferinnen nachm. 6 Uhr, abends 10 Uhr. Rosendienstag. 17 erstklass. Nummern.

Reichshallen Stettiner Sänger. Zum Schluss: Die imitierten Tyroler. Siehe sämtliche Zäulen.

Cirkus Busch. Sonnabend, 23. März, 7 1/2 Uhr: Brunst- und Parade-Abend. Ferner: Auftreten des berühmten amerikanischen Pferdewändigers Professor Norton B. Smith. Besonders hervorzuheben: Die gefährliche Fahrt unter der Leuchtschleife.

Ringkampf! Sensationell! Aufsehen erregend! Noch nie dagewesen! Mann gegen Pferd im ver zweifelt Ringkampf! Professor Smith wird einen höchst spannenden und aufregenden Ringkampf mit einem sehr hübschen Pferde aufnehmen und dasselbe vor den Augen des Publikums werfen. Zum Schluss: Zum 110. Male: Die eiserne Maske. Le masque de fer. Grobes historisches Panzer-Schmuckstück in 4 Akten und 3 Hauptbildern. Unter anderem: Die Jagd bis in die Cirrusstapel hinauf. Morgen Sonntag: 2 große Gala-Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr: „Berliner Landparaden“, morgen jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. — Abends 7 1/2 Uhr: Die eiserne Maske.

Apollo-Theater. Bernhard Mörlitz. Miss Deyo & Emmi Kröchert. Secessions-Gesänge. Dyas-Rosé-Laszky. Rob. Steidl. Ueberbrettli-Parodie. Salerno. Gregoris & Wolkovsky. Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater. Begrenstr. 55/57. Man lebt ja nur einmal. Große Gefangnisse in 5 Bildern. Vorher: Das neue März-Spezialitäten-Progr.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel. Karlstrasse. Wochentags 7 Uhr. Nur erlöschige Spezialitäten. J. N. Mütt. Sonntags 5 Uhr. Specialitäten. J. N. Mütt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Riesen-Walfisch. 21 Meter lang. 150 000 Pfd. schwer. Vollständig geräuchert! Zu beschäftigen im großen amerikanischen Kleingeld von morgens 10 bis abends 10 Uhr. — Entree 20 Pf., Kinder die Hälfte. Kottbusser Damm, Ecke der Boppstraße.

Oscar Arnold. Engros Hüte und Mützen Export nur Dresdenerstr. 116 (kein Laden). Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen bei riesiger Auswahl in allen Formen und Qualitäten! Sehr vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Schmückwitz Gasthaus zur Palme. (Endstation der „Stern“-Dampfer) Inhaber: Hermann Peter. Grünau Nr. 39. Empfehle mein altes, herrlich an Wein und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampferwege, Regelmäßige, große Kaffeestube. Gute Küche und besterweilte Biere zu fallen Preisen. (1931) J. Wandts Kleiderhandlung für Alt und Neu! Prinzenstrasse 17, an der Wasserbörse. Täglich Eingang von Monatsanzügen, Monatspaletots, Monatsböjen, in den feinsten Werkstätten gearbeitet, auch für corpulente Figuren pallend, zu staunend billigen Preisen. (1064)

Sanssouci. Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Nordd. Sänger. Neu! Heute: Real Kanalfelder und Wachsfiguren. Nach der Solire: Tanzfränzchen. Montag: Kanalfelder.

Friedrich-Strasse 165. Castans Panoptikum. Entree 50 Pf. Kinder die Hälfte. Köpenick, Grünauerstr. 70. H. Königs Restaurant hält sich bestens empfohlen. 5012\*

Cigaretten-Fabrik Palo. Palo-Cigaretten sind die besten! Hermann Korn Reichenbergerstr. 130. 30 Mark elegante Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark hochfeine Sommer-Paletots nach Mass. Für 10 Mark hochelegante Bekleidungen nach Mass, (887) guter Stoff, tadelloser Sitz! 14 Krausen-Strasse 14, 1 Tr. Kein Laden. 1 Tr.

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen. Klein-Berlin. Sehr starke Ware in praktischen grünen u. braunen Streifen. Hinten u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Nichtwölbe u. Rappnähte. Beste Leder: Pilot-Löcher, Große Gürtel usw. Die Hose bei Entnahme von 4 Mk. 50. 6 Stück 26 Mk.

Baer Sohn. Ein gros. Export. En detail. Chauffeurstr. 21a/23. Bräudenstr. 11. Or. Frankfurtstr. 20. Die 18te Preisliste 1901 über gesamte Herren- u. Knaben-Bekleidung (Auslage 1 Million) wird kostenlos und portofrei zugesandt. Versand von 20 Mk. an franco. — Bei Bestellung genügt Angabe der Brust- u. Bundweite u. Schrittlänge. Obige Preise gelten für normale Größen. 4972\*

Die beiden Wenzel. Schwank in 1 Akt von E. Felsch. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Mittwoch, den 27. März: Benefiz für Robert Dill. Der Walzerkönig. Große Pöffe in drei Akten.

Die beiden Wenzel. Schwank in 1 Akt von E. Felsch. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Mittwoch, den 27. März: Benefiz für Robert Dill. Der Walzerkönig. Große Pöffe in drei Akten.

Die beiden Wenzel. Schwank in 1 Akt von E. Felsch. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Mittwoch, den 27. März: Benefiz für Robert Dill. Der Walzerkönig. Große Pöffe in drei Akten.

# Konfektionshaus für Herren- und Knaben-Bekleidung

## D. Perleberg

### Chaussee-Strasse 57, Eckhaus Liesen-Strasse,

gegründet 1867.

Sonnabend, den 23. März d. J., Eröffnung meiner bedeutend vergrößerten Verkaufsräume durch Hinzunahme des Eckladens und der ganzen I. Etage.

**Massabteilung und Werkstatt**  
unter Leitung bewährtester Zuschneider in separaten Räumen der I. Etage.

Feste Preise.

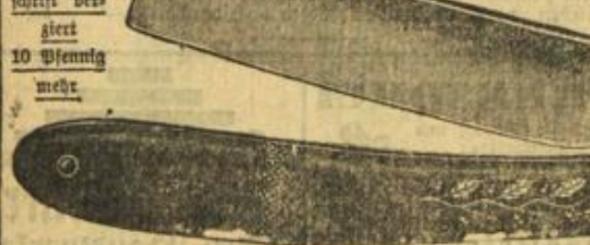
T. A. III 8418.

### Ganz umsonst und portofrei

28 verschiedene Nummern in Messern sowie große Auswahl in Rasiermessern, Taschen, Tafelmessern und Gabeln, Scheren, Brot-, Schlacht-, Gemüße-, Hack- und Wiegemeßern, Uhren- und Halsketten, Broschen, Ringe, Portemonnaies, Cigarrentaschen, Pfeifen, Spazierstöcke, Regenschirmen, Fernrohren, Feldstechern, Schuß- und Stichwaffen, Bögen und sonstigen Schind und Haushaltungsartikeln etc.

Mit bestmöglichem Namen in Goldschrift versehen

gibt 10 Pfennig mehr



Mehr wie ein Stück nur gegen Nachh. Gebrüder Bell, Stahlwarenfabrik, Gräfstr. Nr. 714, Gegründet 1878, bei Solingen.

Kann sich jeder von und für entsprechenden Wert Waren erwerben. (Wir bitten selbige jedoch nicht mit Coupons oder Gutschein zu verwechseln.) Man verlange Prospektkatalog fürs Jahr 1901 nächst näherer Angabe ebenfalls gratis u. franco. Derselbe enthält außer angeführter Messerliste noch gleichzeitig offerieren wir, damit sich jeder von der Güte u. Qualität unserer Waren (ohne Risiko) überzeugen kann.

Wir bitten selbige jedoch nicht mit Coupons oder Gutschein zu verwechseln. Man verlange Prospektkatalog fürs Jahr 1901 nächst näherer Angabe ebenfalls gratis u. franco. Derselbe enthält außer angeführter Messerliste noch gleichzeitig offerieren wir, damit sich jeder von der Güte u. Qualität unserer Waren (ohne Risiko) überzeugen kann.

gleichzeitig offerieren wir, damit sich jeder von der Güte u. Qualität unserer Waren (ohne Risiko) überzeugen kann.

### Rasiermesser No. 64

für nur Mk. 2,00, 14 Tage zur Probe mit 5 Jahren Garantie, aus Silberstahl genau wie Zeichnung, fein hoch geschliffen, fertig zum Gebrauch, echt Dornheit, mit haltbarer tintierter Gold-einlage, mit hochfeinem Stahl.

Bezieher verpflichtet sich, obigen Vertrag einzufügen oder das Messer zu retourn.

Bezieher verpflichtet sich, obigen Vertrag einzufügen oder das Messer zu retourn.

Bezieher verpflichtet sich, obigen Vertrag einzufügen oder das Messer zu retourn.

### Schloss-Str. No. 23. Köpenick Schloss-Str. No. 23.

Empfehle die soeben eingetroffenen Saison-Neuheiten meiner Special-Abteilung Herren- u. Damen-Konfektion. Nur beste Qualitäten bei auffallend billigen Preisen:

- Schwarze Rock-Anzüge, 18, 20, 26 Mk.
- Schw. und blaue Kammgarn-Jackett-Anzüge, 12 Mk., 15, 18, 20 Mk.
- Jackett-Anzüge, englische Muster, 10 Mk., 12, 14, 17 Mk.
- Herren-Paletots, alle modernen Farben, 10 bis 18 Mk.
- Herren-Bekleidung, alle Neuheiten, 2, 3, 4, 5 bis 10 Mk.
- Schwarze Damen-Capes, Umhänge u. Mantelets, allererste Neuheiten, 1,75, 2,25, 2,75, 4,25, 8, 9, 14 Mk.
- Damen-Jacketts, schwarz und farbig, absolut tadelloser Sitz, feinste Qualitäten, 3,75, 4,50, 5,50, 6 Mk., 10 Mk.
- Schuhwaren für Herren und Damen, enorm preiswert.

Grosse Auswahl. Sehr billige Preise.

### Julius Beermann.

Wo ist die schönste Ruhestätte? Durch den Grunewald nach Pichelswerder zum alten Freund. 14992

## Möbel und Polsterwaren. Franz Tutzauer, Tischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.

# Möbelfabrik.

Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen kaufen Sie bei

## Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstraße 6, am Kottbuser Thor.

Berlin SO., 9372

Unsinn ist Viel Geld

für Öfte anzugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt.

- Knabenflüchte 1-3 Mk.
- Herrenflüchte 1,75-5,25
- weib 2,00-5,25
- Cylinderhüte 4,00-12,00
- Chapeaux claque 8,00-10,00

im Einzelverkauf bei Arnold & Eggert, Gut-Cugros-Druck, Waldemarstr. 44, part., Kein Laden.

## Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Reuststr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

Restaurierung und Defäkation billig zu verkaufen, gute Baugrund, wegen Krankheit, W., Liegenburgerstr. 49. 1656

Restaurierung wegen Krankheit meines Mannes billig zu verkaufen Urbanstr. 14, Gräfstr. 38, Cigarrenladen. 1786\*

Milchhändler, Achtung! Zur Einrichtung von Milchgeschäften empfehle alle nötigen Gegenstände zu billigen Preisen. Hermann Jordan, Kleine Poststr. 28. 1490K\*

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, part. 143\*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Sommerpaletots und feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Kleiderstoffe, reinwollene und seidene, können billig im Konturmassen-Kauf, Wangstraße 7. \*

Gardinen, auch Reste, sehr billig, im Special-Geschäft von Bruno Güther, Griner Weg 80, part. 508K\*

Beuten, Steppdecken, Gardinen sportlich, Viehhaus Reanderstraße 6.

Möbelverkauf zu soliden Preisen, Römer, Sebastianstraße 81. 134b

Möbel auf Teilzahlung Pringstraße 62. 52/12\*

Möbelverkauf, ganze Wirtschaft, billig veräußert, Hofenerstraße 38 I, rechts. 5328\*

Nur noch sieben Tage. Wegen Verkauf des Hauses muß meine Speicherräume, 50 Wirtschaften, künftighin räumen. Nie wiederkehrende Gelegenheit, ganze Einrichtungen sowie einzelne Möbel sportlich einzukaufen. Etage Werkstätten. Möbelfabrik Mariannenstraße 48. 5762\*

Kinderbetten sportlich, Andreasstraße 23. 6528\*

Möbelverkauf, noch neue Wirtschaft, sportlich veräußert, Gartenstraße 148, I links. 1141

Teppiche, Divandeden, Bettvorleger, Portieren, Montantvorhänge, Regulatoren sportlich, Viehhaus Reanderstraße 6. 57/17\*

Trauerfall, Empfehlung Freunden, Regale, Glasvitrinen, Vordienstliche, Kassenregale sportlich, OAL, Weinbergweg 13b. 1006

Teppiche mit Gardinen, Fabrikverkauf Große Frankfurterstraße 9, part. 143\*

Milchautomat, noch neu, aus dem Größten nachh., veräußert zu verkaufen, Pappel-Allee 24, Bäderladen. 1450\*

Fahrräder, Teilzahlung, mögliche Anzahlung, Lager 400 Tourenmaschinen, Straßenrenner, Dameräder, Zweiräder, Kinderwagen, Anhängewagen, gebrauchte Fahrräder von Mark 40,00 direkt aus Imperial Fahrradwerke, Dieselstraße dreieinzig. K\*

Fahrräder, nur gute selbstgemachte, sowie Reparaturen und Zubehör zu soliden Preisen bei Carl Meise, Große Frankfurterstraße 123. 1292b

Maschinen aller Systeme verkauft Gustav Schmidt, Kleinrossenstraße 7, Hof 2 Treppen. 1438\*

Maschinen, Adler, Urania, Schneidmaschinen, Ringel, sowie Tisch- und Ringelmaschinen auf Teilzahlung, Arka, Falterstraße 13a. 538K\*

Strickmaschinen, auch Teilzahlungen, Gustav Brederer, Engel-Ufer 20. 57/1\*

Gasofen! Sparsysteme! 150, Zweifachlocher 6, - Dreifachlocher 10, - Was-Plättchen, Bügelapparate billig! Gas-Ofen 12, - Wöhlener, Wasserleitersstraße 32. 385\*

Wasserklosetts, Bildbüden, für Putzräume, Druckstoffe, Gemächliche, Geruchlöschung, bessere, weiß, farbig, überaus, 14 Platten, 3 Mark, 1/2 Lonne 3,50 exklusive, Nicht-Flaschen, Qualität, ent-scheidet, Vorzeiger, Ringler, Bernauerstraße 119. 91/11\*

Steppdecken am billigsten, Fabrik Große Frankfurterstraße 9, part. 143\*

Maschinenlager anerkannt, bester Ringel, Bobbin, Adler, Schneidmaschinen, vor- und rückwärts wählend, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung sofort, Postkarte, Louis Landsberger, jetzt Landsbergerstraße 82, Verkaufsstelle für Norden, Brennemann, Müllerstraße 169. 1140\*

Maschinen direkt im Geschäft, Schneidmaschinen, Bobbin, Ringel, Adler, ohne Anzahlung wählend, 1,00, fünfjährige Garantie, schnelle Lieferung, auch durch Postkarte, Fräse, Turmstr. 39, II, Geschäft, Bernauerstraße 49, Bestätigung erwünscht.

Neuzeug, besseres, wie neu, ver-fänglich (15,00) Currystraße 19, vorn III links. 2345

Fahrrad verkauft billig, Prinz-Raumstraße 38. 226b

Coastartoffeln, Sechswochen, runde weiße, Georginen, Schnittlauch, knollen verkauft, Barthelemy, Falterstraße 67. 229b

Kolonialwaren, Obst, Gemüse, Halle 18, wegen väterlicher Übernahme billig veräußert, G. Lange, Glogauerstraße 31. 227b

Möbelverkauf, Einrichtung preiswert veräußert, Gartenstraße 148 I links (Stettiner Bahnhof). 1141\*

Zaunmängel, nachbaum, Teppich, Lackmöbel, Seiten, verkauft, Aus-tausch, Pichelswerder, 63. 1143

Meberlegikon, Brodhaus, Drehm, Geschichtswerke und alle anderen Bücher belebt und faust Antiquariat, Kochstraße 56, Kant 4a 6944. 5508\*

Damenkleider reinigen, färben, Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark an, Reinigungs-Fabrik, Andreasstraße 78, part. 2, Eisenbahnstraße 18.

Kunststofferei von Frau Rosoff, Steinwegstraße 48.

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt, Hermann Reinert, W. Bülowstraße 50, 2. Hof part. 2387b

Goldschmelze - Kasse, Zimmerstraße 22, zahl höchste Preise für Platin, Gold- und Silberarbeiten, Gold, Treffer. 2150b

Teel und Zimmerräume empfiehlt, Naunacher, Inselstraße 10. 2092\*

Verleumdung, Simonstraße 23, W. 444K\*

Verleumdung mit Dämmen, G. Sont, Schulstraße 34. 518\*

Sommerfeste, Sommerabend, 588, Seel 500, Garten 1500, Per-sonen mit Theaterbühne, des Sonn-abends mein Lokal befehle, empfehlen, Wernau, Schwedterstraße 23/24. 1450\*

### Vermischte Anzeigen.

François Leçons 0,75, Professeur Parisien, Pommeret, Breitestr. 15.

Potentanwalt, Dammann, Dra-nienstraße 57, Marienplatz, Erkunden, sofortiger Rat, abends bis neun.

Rechtsbureau, Rechtschilfe, Andread-straße Dreieinzig. 57/15\*

Jahreszeiten, C. Gedde, Star-gardenstraße 3. 1173\*

Angukabad, Köpenickerstraße 60, Bäder jeder Art für sämtliche Kranken-tallen. 4712\*

Schneiderin fertigt Kleider, 7,50, Krenold, Steinwegstraße 39a. 1100b\*

### Arbeitsmarkt.

#### Stellenangebote.

Korbmacher auf Gehilfenarbeit und Korbmacher sucht Paul Bremer, Rammstraße 49. 5268

Freiwillige, Kleidung und Kost frei, verlangt Saate, Waldemarstr. 22. 121\*

Korbmacher auf Gehilfenarbeit finden lohnende Beschäftigung, G. Schlegler, Steinwegstraße 18. 1237b

Goldschmelze, Edelmetalle, Verleumdungen werden verlangt, Köpenickerstraße 109a.

Prüfung, geübte, jüngere, für täglich gesucht, Verlässliche, Korbmacher, 5-7 Kronenstraße 8/9 I, Monatlich 8 Mark. 239b

Kartonsarbeiterinnen, nur geübte, verlangt, Krenold, Radolfstraße, Korb-erstr. 7. 106b

Lehrmädchen, verlangen, Fänten-stein u. Koppold, Blumenstraße, Beuth-straße 1, III. 166b

### Redacteur

für den politischen Teil gesucht. 10688\*

Offerten mit Lebenslauf an die Expedition des "Volksblatt" in Harburg, Gr. Schippsee 4.

Blattschreiber für Antikisten findet dauernde, loh-nende Beschäftigung, Redaktionen unter U. G. 525 an die Annoncen-Expedi-tion, Naunacherstr. 31/32. 105/5

### Redacteur

sofort für längere Zeit zur Anstalt ge-lucht, Meldungen unter Angabe der Gehaltsansprüche sofort an A. Gross, Volksblatt, Falkestr. 21, Geißstraße 21.

### Achtung, Tapezierer!

Die Kollegen bei der Firma Jädel, Markgrafenstraße 20, befinden sich wegen Lohnreduktionen im Ausstand, Zugang ist fernzuhalten. 177/10 Die Verbands-Zeitung.

### Achtung! Parfettbodenleger!

### Bauhandwerker!

Die Firma Adolf Pieck, Riechwegstraße 15, Postfach 100, O. Schmitt, ist geberet wegen Nicht-erkenntnis des Tarif. Der Bau-stand befindet sich in Ausstand, und Preishöhen sind 7/3 Die Verbands-Zeitung.

### Achtung! Bau-Anschläger!

Die Firma Wolf u. Sturmbebel, Postfach 20, ist wegen Nicht-erkenntnis des Tarif von heute ab geberet; ebenfalls die Firma Franke, Adonisstr. 18, und Diederich, Wehstr. 6. 18/3 Die Einwandzwanziger-Kommission.

### Achtung, Böttcher und Arbeiter-Verein!

Die Direktion in der Brauerei Gittelstein-Genossenschaft ist noch nicht beigelegt. Die Forderung ist durch Auszahlung der Accordarbeit in der Brauerei und Anerkennung des Arbeits-nachweises der Böttcher. 30/2 Der Vorstand.